

Projekt "Schule und Archiv"

im Regierungsbezirk Unterfranken

durchgeführt vom

Martin-Pollich-Gymnasium, Mellrichstadt (Dr. Heinrich Wagner, OStR)

und dem

Staatsarchiv Würzburg (Kontakt: Dr. Herbert Schott, OAR, Referent für Zeitgeschichte)

Dr. Heinrich Wagner, OStR

Abgabetermin:
Wiesenmühlweg 3

20. Oktober 2000
97618 Heustreu

I. Vorbemerkungen

Gemäß Ausschreibung in dem an den Herrn Ministerialbeauftragten gerichteten KMS vom 27.01.1999 Nr. VI/4-5402/13-8/3 236 werden für zwei verschiedene Jahrgangsstufen (hier 10. und 12.) je eine lehrplanbezogene Kurzsequenz (3 Unterrichtseinheiten) als archivpädagogisches Angebot vorgelegt.

Damit beide Sequenzen unabhängig voneinander benutzt werden können, sind einige Passagen im Wortlaut annähernd identisch, und zwar insoweit Probleme angesprochen werden, die für beide Jahrgangsstufen gelten. Damit soll den Kollegen erspart werden, sich z.B. Hinweise organisatorischer Art aus der jeweils anderen Sequenz herausuchen zu müssen.

II. Grundsätzliches

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß im Fach Geschichte, wenn es sich vom Odium des "Nur-Lernfachs" befreien und zu einem attraktiven Fach mausern will, möglichst vielen Schülern die Möglichkeit geboten werden sollte, selbst "forschend zu lernen". Die aus langjähriger Tätigkeit des Verfassers resultierende, auf Grund der in jedem Jahr anders gearteten unterrichtlichen und sonstigen Erfordernisse freilich nicht kontinuierliche Erfahrung mit der Bearbeitung von im Staatsarchiv Würzburg lagernden Originalakten aus der Zeit des Nationalsozialismus durch von ihm betreute Geschichtsgrundkurse des mathematisch-naturwissenschaftlich orientierten Martin-Pollich-Gymnasiums Mellrichstadt - zuletzt im Rahmen des Projekts "Schule und Archiv" im Juli 2000 - hat immer wieder den längst bekannten Tatbestand bestätigt, daß nichts das Interesse der Schüler so sehr zu fesseln vermag wie die Beschäftigung mit originalen Quellen zu dem Teil der Geschichte, der sich in ihrer unmittelbaren räumlichen Nähe abgespielt hat. Dieses Interesse wird noch verstärkt durch die Tatsache, daß diese Quellen ihren Lagerort im Prinzip nicht verlassen dürfen, weshalb die Auseinandersetzung mit ihnen an einem außerschulischen Lernort - nämlich im Archiv - stattfinden muß.

Am Beginn der Erarbeitung der vorliegenden Unterrichtssequenzen stand die oben bereits erwähnte, durch einschlägige Erfahrungen gewonnene Einsicht, daß sowohl von der Motivation her wie auch vom kurz- und längerfristigen wissenschaftlichen (und auch emotionalen!) Ertrag für den Schüler die Arbeit mit originalem Material im "Lernort Archiv" durch nichts zu ersetzen ist. Aber auch unabhängig davon dürfte unstrittig sein, daß eine solche, für die Schüler in der Regel erste Erfahrung mit der Bearbeitung von Originalquellen im Prinzip auf jeder Klassenstufe sowohl durch die Möglichkeit bzw. sogar Notwendigkeit einer praktischen Anwendung fachspezifischer Methoden wie auch durch die mit "normalem" Unterricht überhaupt nicht vergleichbare Intensität der Auseinandersetzung mit einem - wenngleich eng begrenzten - historischen Forschungsbereich einen Wert an sich darstellt.

Jedoch fand die auch früher schon mögliche und erwünschte Zusammenarbeit von Schule und Archiv bisher nur sehr sporadisch statt, meist anlässlich der Teilnahme von einzelnen Schülern an einem der mittlerweile von den verschiedensten Institutionen in großer Zahl angebotenen einschlägigen Wettbewerbe oder im Rahmen der Anfertigung von Facharbeiten in der gymnasialen Oberstufe.

Die Gründe für den mangelnden Kontakt zwischen Schule und Archiv sind vielfältig und müssen hier nicht im einzelnen diskutiert werden. Um aber das Interesse der Schüler am Fach Geschichte und damit auch an der Geschichte selbst zu erhöhen (wodurch wiederum - besonders durch die Behandlung der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts - nicht nur ein verstärktes Interesse an politischer Bildung entstehen, sondern vielleicht auch ein Beitrag zur Bekämpfung der vielbeklagten Politikverdrossenheit geleistet werden kann), bot sich - da die schriftlichen Quellen im Fach Geschichte bisher immer noch die weitaus größte Rolle spielen - als ein erster Schritt an, im direkten Bezug auf den "Fachlehrplan für Geschichte" (KWMBI. I, So.-Nr. 8/1992, 374-424) Unterrichtssequenzen zu erarbeiten, deren Kern ein Archivbesuch ist, bei dem mit Originalakten gearbeitet wird.

Was die Lehrplanbezogenheit, und das heißt bei "Schule und Archiv" vor allem den Bezug auf einen bestimmten Zeitabschnitt und damit auf eine oder mehrere bestimmte Jahrgangsstufe(n) angeht, kann jedoch nicht übersehen werden, daß die Bearbeitung von älteren Originalquellen durch Schüler in der Regel nicht in Frage kommen wird, da der im Normalfall nicht paläographisch vorgebildete Kollege, geschweige denn ein Schüler, solche Quellen gar nicht im Original lesen bzw. verstehen kann. Dies bezieht sich

1. und wichtigstens auf die völlig anders gearteten Schriften vergangener Zeiten, erschwert
2. durch die (bei deutschsprachigen Quellen) in vielen Fällen vom heutigen Standard z.T. erheblich abweichende Orthographie, die auch grundsätzlich bekannte Wörter zu unbekanntem werden läßt;
3. auf die im Laufe von mehreren Jahrhunderten veränderte Bedeutung von scheinbar bekannten Wörtern und - last not least -
4. auf unbekannte Wörter (z.B. des verfassungsrechtlichen Bereichs oder aus der jeweiligen Verwaltungspraxis vergangener Jahrhunderte), deren Kenntnis auch bei Fachkollegen nicht ohne weiteres vorausgesetzt werden kann und deren Klärung u.U. umfangreiche Recherchen erfordern würde.

Schon die unter Punkt 1. genannte Schwierigkeit wird die Bearbeitung von Quellen des 19. und früherer Jahrhunderte im allgemeinen verbieten, denn daß dem Archivaufenthalt nicht ein Kurs in Paläographie (und sei es auch nur der einer einzigen Epoche) vorgeschaltet werden kann, dürfte sich von selbst verstehen, wenn Aufwand und Ertrag des Projekts in einem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen sollen.

Auf der anderen Seite kann es aber wohl ebensowenig angehen, daß die Arbeit der bei älteren Quellen unverzichtbaren Transkription dem jeweiligen Ansprechpartner im Archiv aufgebürdet wird. Dieser wird sicher gern mit einer Einführung in das Archivwesen, in die Bestände seines Archivs und mit einer Kurzführung durch die Räumlichkeiten des Archivs sowie mit einzelnen Auskünften - auch zu paläographischen Problemen - zu Verfügung stehen, aber die Transkription von längeren bzw. mehreren verschiedenen Texten wird man ihm nicht, zumindest nicht auf Dauer zumuten können, da seine Arbeitskraft in erster Linie dem Archiv zu Verfügung stehen muß. Eine Bearbeitung älterer Quellen für unterrichtliche Zwecke würde sich aber sehr schnell zu einer echten, bisher auch nicht zum Berufsbild des Archivars gehörigen Belastung auswachsen, wenn - wie ja wohl erwünscht - jährlich mehrere Gymnasien, womöglich mit mehreren Klassen bzw. Grund- und/oder Leistungskursen, das Staatsarchiv Würzburg als Lernort in Anspruch nehmen würden. Außerdem würde durch eine Transkription wiederum die für die weniger interessierte Masse der Schüler wichtigste Motivation, die direkte Konfrontation mit der Quelle verlorengehen, denn eine Transkription ist eben kein Original (das dann allenfalls irgendwo im Raum aufliegen oder in Kopie beigegeben werden könnte).

Aber auch ganz unabhängig von den obigen Erwägungen wird es sich, wenn das Projekt "Schule und Archiv" in den kommenden Jahren ein Erfolg werden soll, kaum vermeiden lassen - obwohl im Schreiben MB-G0163-ha-1112-98/99 vom 25.5.99 betont wird, daß "die Einrichtung der Funktion eines 'Mitarbeiters für Archivpädagogik' (...) nicht vorgesehen" ist - in jedem Regierungsbezirk zu eben diesem Zweck eine Stelle zu schaffen, die eine Art Gelenkfunktion zwischen beiden Institutionen wahrnehmen kann. Denn auch die Bearbeitung von Akten des 20. Jahrhunderts, die

für eine Auswertung durch Schüler am ehesten in Frage kommen, weil hier die obengenannten Schwierigkeiten zum großen Teil entfallen, ist noch reichlich mit Problemen verbunden, welche nicht einschlägig vorgebildeten Kollegen (und das dürften doch recht viele sein) die Arbeit im Archiv sehr schnell verleiden könnten.

Für die Gesamtheit der unterfränkischen Fachkollegen ergeben sich aber bei der Nutzung der vorliegenden Unterrichts-Kurzsequenzen, obwohl diese nicht nur (selbstverständlich) lehrplanbezogen sind, sondern sich auch bemühen, bei jedem der in den Akten behandelten Fälle das Exemplarische aufzuzeigen, das sich so oder in sehr ähnlicher Form in ganz Unterfranken und darüber hinaus abgespielt hat, zwei wesentliche Einschränkungen:

1. Der vielzitierte "Akzent der Nähe", der das wichtigste Kriterium für die Aktenauswahl war und immer sein sollte - schon weil sich damit auch sonst eher weniger und sogar prinzipiell an Geschichte nicht interessierte SchülerInnen motivieren lassen - geht verloren und führt erneut zu der vielbeklagten rezeptiven Haltung, wenn die zu bearbeitenden Akten aus anderen als den jeweiligen Heimatorten bzw. (alten) Landkreisen genommen werden. Als Folgerung hieraus ergibt sich, daß es sich - wenn das Projekt "Schule und Archiv" Zukunft haben soll - nicht umgehen lassen wird, für jeden Ort mit Gymnasium/Gymnasien in Unterfranken entsprechende Unterrichtssequenzen unter Verwendung von Aktenmaterial aus der engsten Umgebung - im Normalfall dem Einzugsgebiet des jeweiligen Gymnasiums - bereitzustellen.

Zwar wäre hier der grundsätzliche Einwand möglich, daß bei einer solchen Auswahl die Schüler zu sehr das Besondere an den Ereignissen und Entwicklungen ihrer Heimatorte sehen. Dieser Einwand hat jedoch nur auf den ersten Blick seine Berechtigung, denn da Akten ihrer Natur nach nicht selbsterklärend sind, liegt es auf der Hand, daß die wichtigste Aufgabe des Lehrers bei der Durchführung des Projekts darin besteht, den Blick der Schüler vom Besonderen der von ihnen bearbeiteten Einzelfälle auf das Allgemeine der politischen Entwicklung zu lenken. Eine solche Lenkung ist mit der inneren Beteiligung der Schüler - die dadurch hervorgerufen wird, daß sich die von ihnen zu beurteilenden Geschehnisse an ihren Heimatorten oder in deren unmittelbarer Umgebung abgespielt haben - aber viel eher möglich, als ohne diese innere Beteiligung.

2. Eine weitere Einschränkung hängt mit der ersten zusammen, ist aber ganz praktischer Natur. Die Erarbeitung solcher Sequenzen für jeden der (alten) unterfränkischen Landkreise erscheint auch deswegen geboten, weil es nicht möglich sein wird, daß alljährlich Dutzende von Klassen - und dies womöglich über viele Jahre hinweg - immer wieder dieselben Archivalien benützen. Bei allem guten Willen zur Sorgfalt würden diese auf die Dauer in ihrer Substanz vermutlich doch so geschädigt, daß eine weitere Benützung vom archivarischen Standpunkt aus nicht mehr vertretbar wäre. Hier müssen rechtzeitig Mittel und Wege gefunden werden, um unterrichtliche mit konservatorischen Interessen zu verbinden.

Der nächstliegende Ausweg scheint zu sein, die Schüler nur mit Kopien arbeiten zu lassen. Es kann jedoch nicht entschieden genug dafür plädiert werden, den Schülern auf jeden Fall originale Akten in die Hand zu geben. Denn bloße Kopien von Archivalien sind letztlich doch wieder nur so gut oder so schlecht wie irgendeine x-beliebige andere aus einem Schul- oder sonstigen Buch kopierte Quelle. Vom "Hauch der Geschichte", der erfahrungsgemäß - wie schon betont - auch sonst wenig für historische Probleme aufgeschlossene Schüler bei der Bearbeitung von originalen Quellen anweht, wird dann sicher kaum noch etwas zu spüren sein.

Eine Alternative zur "Übernutzung" der im Staatsarchiv Würzburg lagernden Originalakten (vor allem des 20. Jahrhunderts; s.u. die Ausführungen zu den Auswahlkriterien) wäre die

Zusammenarbeit der weiterführenden Schulen mit lokalen Archiven, die sicher in Einzelfällen auch schon praktiziert wird. Doch dürfte ein solches Ausweichen auf die viel zahlreicheren und den jeweiligen Schulen näherliegenden kommunalen Archive sowohl vom Ausbildungsstand des dort zur Verfügung stehenden Personals als auch vom jeweiligen Ordnungszustand her nicht in jedem Fall möglich sein. Überdies werden in kommunalen Archiven nur selten solch spektakuläre Fälle dokumentiert sein, wie sie das Staatsarchiv Würzburg z.B. mit seinem Bestand "Gestapostelle Würzburg" anbieten kann.

Da das Ministerium für eine Zusammenarbeit der Gymnasien mit Archiven die Gruppe der Staatsarchive ausgewählt hat, sollten, damit an dem Projekt interessierte Kollegen in Unterfranken sich - unabhängig von einer Lektüre der vorliegenden Unterrichtssequenzen - mit der Materie vertraut machen können, als eine erste Maßnahme jedem unterfränkischen Gymnasium ein bei der Schulverwaltung oder bei der Fachschaft Geschichte zu deponierendes Exemplar des 1998 erschienenen Kurzführers "Staatsarchiv Würzburg" zur Verfügung gestellt werden, der einen guten ersten Überblick über die Bestände des Archivs verschafft; desgleichen ein Sonderdruck des Aufsatzes von Herbert Schott, Die Auslagerung von Archivgut des Staatsarchivs Würzburg während des zweiten Weltkrieges und seine Rückführung nach 1945 (Mainfränkisches Jahrbuch 48) 1996, S. 37-62, der nicht nur die Bestände, sondern S. 49-53 u.a. auch die Verluste an Archivalien in und nach dem 2. Weltkrieg beschreibt. Alternativ sollten beide Publikationen auf einer umgehend einzurichtenden Homepage des Staatsarchivs Würzburg abgerufen werden können. Leider besitzt das Staatsarchiv Würzburg (anders als beispielsweise die Staatsarchive im Freistaat Thüringen) bisher noch nicht einmal einen Internetanschluß. Das ist, nachdem landauf, landab sogar der Anschluß aller Schulen (!) an das Internet propagiert wird, ein Unding und muß sich schleunigst ändern.

Daneben wäre auch an Maßnahmen im Rahmen der RLFB zu denken, deren Gegenstand entweder in einem größeren Rahmen "alternative Lernorte im Fach Geschichte (u.a. das Staatsarchiv Würzburg)" oder - nur für die wirklich Interessierten - eine Fortbildungsveranstaltung mit begrenzter Teilnehmerzahl im Archiv selbst sein könnte.

In jedem Fall muß das Staatsarchiv Würzburg in den Stand versetzt werden, Gruppen notfalls in Klassenstärke in der Residenz ausreichenden Raum zu bieten; die Räume des Staatsarchivs auf der Festung Marienberg kommen dafür nach Auskunft von Herrn Dr. Schott nicht in Frage. Der gegenwärtig für unterrichtliche Zwecke benutzte Raum neben dem Kartenzimmer bietet Platz für nur 20 Personen, was grundsätzlich freilich kein Fehler ist, da sich mit deutlich größeren Schülergruppen kaum noch sinnvoll arbeiten läßt. In jedem Fall würde es dann auch schwieriger werden, sachgerecht (und das heißt auch und vor allem pfleglich) mit den Archivalien umzugehen. Andererseits kann auf den Lernort Archiv nicht verzichtet werden, wenn das ganze Unternehmen einen Sinn haben soll.

III. Didaktische Überlegungen

Das Projekt "Schule und Archiv" wird sich in der praktischen Umsetzung in aller Regel auf die - für Schüler (ebenso wie für nicht entsprechend vorgebildete Kollegen) auch nicht einfache - Bearbeitung von Akten des 20. Jahrhunderts beschränken müssen, doch ist dies in keiner Weise als Nachteil zu betrachten. Als Gegenstand der Archivarbeit kommen in diesem Jahrhundert zwar grundsätzlich auch Akten der Kaiserzeit und der Weimarer Republik in Frage. Ertragreicher für das Verständnis der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert wird aber wohl immer die Behandlung einer so einschneidenden und folgenreichen Periode wie der des 3. Reiches sein, die mit zunehmender zeitlicher Ferne immer abstrakter und damit subjektiv auch immer weniger wichtig

zu werden droht, wovon der sog. "Historikerstreit" über die qualitative historische Einordnung des 3. Reiches bereits einen kleinen Vorgeschmack gegeben hat.

In den einschlägigen Geschichtsbüchern wird dieses Stoffgebiet - das kann freilich schon von der für die Behandlung des Themas zur Verfügung stehenden Zeit her kaum anders sein - vorwiegend in seinen Haupt- und Staatsaktionen dargestellt. Dies gilt auch für den Bereich der Innenpolitik. Nur zu leicht entsteht aber bei den Schülern so der Eindruck, man selbst, die eigenen Eltern, die (Ur-)Großelterngeneration, der eigene Heimatort usw. seien davon nicht betroffen (gewesen) bzw. hätten nichts damit zu tun (gehabt).

Um dieser Tendenz entgegenzuwirken, hat der Verfasser in den beiden vergangenen Jahrzehnten schon mehrfach, wenn es sich anbot, mit den von ihm betreuten Grundkursen Geschichte des Gymnasiums Mellrichstadt das Staatsarchiv Würzburg besucht, um die SchülerInnen anhand von Primärquellen selbst erfahren zu lassen, daß das 3. Reich nicht irgendwo im Wolkenkuckucksheim, sondern auch in ihren Heimatorten stattgefunden hat, und dies unter Beteiligung von Menschen - sei es als Opfer, sei es als Täter oder Mitläufer - die in ihrem Dorf/in ihrer Stadt gelebt haben und deren Namen zum großen Teil noch bekannt sind. Es war für ihn ein Schlüsselerlebnis, von einer (in diesem Augenblick sehr bleichen) Schülerin mitgeteilt zu bekommen, daß sie in der von ihr bearbeiteten Akte ihren Großvater als Denunzianten vorgefunden habe.

Natürlich sind derlei Erfahrungen weder beabsichtigt noch unbedingt erwünscht, aber immer noch möglich, wengleich durch den größeren zeitlichen Abstand immer weniger wahrscheinlich. Aus diesem Erlebnis zog der Verfasser aber die - wie sich herausstellen sollte - falsche Konsequenz, bei dem folgenden Archivbesuch Akten aus dem alten Landkreis Bad Neustadt/S. bearbeiten zu lassen. Der Erfolg dieser Maßnahme war als eher mäßig einzustufen; das Interesse der Schüler aus Mellrichstadt und Umgebung an den Ereignissen in den Orten des alten Landkreises Bad Neustadt/S. hielt sich - verständlicherweise - sehr in Grenzen; eine Erfahrung, die durchaus übertragbar sein dürfte.

Vor allem der Darstellung der Alltäglichkeit und der Allgegenwärtigkeit der Nazi-Ideologie und des in ihrem Namen ausgeübten Terrors dient die zweite hier vorzustellende Unterrichtseinheit, deren Praktikabilität im Schuljahr 1999/2000 mit dem Grundkurs Geschichte g 13 (12. Jahrgangsstufe) des Martin-Pollich-Gymnasiums Mellrichstadt erprobt und - man darf wohl sagen - erfolgreich durchgeführt werden konnte.

Eine ähnlich wichtige Stellung wie das 3. Reich nimmt für das Verständnis von deutscher Zeitgeschichte die unmittelbare Nachkriegszeit ein, die sowohl Gegenstand des Lehrplans der 10. wie auch der 13. Jahrgangsstufe ist. Hier wird eine ebenfalls dreiteilige Unterrichtssequenz für die 10. Klasse vorgelegt, bei der nicht nur vom Lehrplan, sondern auch von der geistigen Reife der Schüler her eine ertragreiche Arbeit mit Originalquellen erwartet werden kann.

Die Sequenz für die 10. Jahrgangsstufe konnte vom Verfasser allerdings nicht praktisch erprobt werden, da zum einen die Unterrichtsverteilung des Schuljahrs 1999/2000 dies nicht vorsah, zum anderen der Unterricht in der wegen der in den beiden Schulhalbjahren zwischen Geschichte und Sozialkunde wechselnden Stundenverteilung 2:1 bzw. 1:2 de facto an die Fakultät für Sozialkunde gekoppelt ist.

Unterrichtskurzsequenz für Jahrgangsstufe 10

a) Lehrplanbezogenheit

Die folgende Unterrichtskurzsequenz bezieht sich auf den "Fachlehrplan für Geschichte" für die 10. Jahrgangsstufe (KWMBI. I, So.-Nr. 8/1992, S. 393):

1. Deutschland als Problem der europäischen und internationalen Politik 1945-1949". Einschlägig sind hier die Abschnitte "Deutschland und Europa nach der Kapitulation" (die sog. "Stunde Null" in der engeren Heimat; Versorgungssituation, Infrastruktur, Besatzung etc.); "Abrechnung mit dem Nationalsozialismus und politischer Wiederbeginn in den Besatzungszonen" (Probleme der Entnazifizierung; Rolle von ehemaligen Pg.s in der Nachkriegszeit, echte und angebliche Verfolgte des Naziregimes). Möglich ist auch eine Behandlung des demokratischen Neubeginns, der sich gerade auf dem Land auch in der Wiedergründung und Zulassung von unpolitischen Vereinen fassen läßt. Für den Altlandkreis Mellrichstadt gibt es außerdem eine recht aufschlußreiche Quelle zur Situation an der Demarkationslinie zur SBZ unmittelbar nach dem Rückzug der Amerikaner aus dem von ihnen zeitweise besetzten Thüringen.

Eine wesentliche Einschränkung für eine sinnvolle Beschäftigung mit Akten aus der Nachkriegszeit ergibt sich daraus, daß das im Staatsarchiv zur Verfügung stehende Material, das die politischen Vorgänge betrifft, die laut Lehrplan verbindlich zu behandeln sind (Währungsreform etc.) in der Regel aus Akten besteht, welche die rein bürokratisch-organisatorischen Aspekte solcher Vorgänge betreffen (mit oft sehr ins Detail gehenden Vorschriften der drei Verwaltungsebenen Ministerium, Bezirk, Landratsamt), die für Schüler - gleich welcher Jahrgangsstufe - nicht sehr attraktiv sind. Die in den Abgaben des LRA Mellrichstadt vorhandenen Quellen zur Währungsreform auf Landkreisebene (und dies dürfte nicht nur für den alten Lk. Mellrichstadt gelten) sind auch deswegen kaum für Unterrichtszwecke zu gebrauchen, da sie sich nur selten mit den daraus resultierenden Problemen für Einzelpersonen, sondern fast ausschließlich mit solchen für Gemeinden und andere Gebietskörperschaften auseinandersetzen. Die Akte "LRA Mellrichstadt n.1384" etwa betrifft unter dem Stichwort "Währungsreform" zwar die Entschädigung von Altgeldguthaben, jedoch nicht von Privatpersonen, sondern von Gemeinden sowie hinterlegte Gelder von Gebietskörperschaften; eine Thematik, die Schüler kaum interessieren dürfte, weil ihnen - altersbedingt - der Zugang zu dieser Art von Problemen einfach fehlt.

Damit verbunden sind auch Schwierigkeiten mehr formaler Art, die mit dem Geschäftsgang in Behörden ganz allgemein zu tun haben, so etwa die Verwendung von verwaltungsintern gebräuchlichen Abkürzungen (z.B. "WV" [= Wiedervorlage]). Natürlich ist es keine Schande, auf Fragen von Schülern hin z.B. manche Abkürzungen nicht auflösen zu können, aber bei der Arbeit mit zeitgeschichtlichen Archivalien sollten die Kollegen mit derlei Problemen rechnen und möglichst Erklärungen zur Hand haben.

Kombinierbar mit den genannten Abschnitten des Punktes 1. ist von den im Staatsarchiv Würzburg zur Verfügung stehenden Quellen her auch das Thema "Wiederaufbau" im zweiten Abschnitt von Nummer 3 des Lehrplans: "Die Entwicklung der beiden deutschen Staaten und die Deutsche Frage seit 1949" (S. 395).

b) Organisatorisches

Die vorliegende Unterrichtssequenz kann - vom Bezug auf den Lehrplan her vorgegeben - sinnvoll nur in den ersten Wochen des Schuljahres durchgeführt werden, was eine sehr frühe und konsequente Planung erforderlich macht. Als erstes ist eine Kontaktaufnahme mit dem

Staatsarchiv Würzburg (gegenwärtig Dr. Schott) vonnöten, um Termine für den Besuch des Archivvertreters in der Schule sowie für den der Klasse im Archiv - die möglichst unmittelbar aufeinander folgen sollten - zu vereinbaren. Wenn diese Termine feststehen, muß umgehend der organisatorische Rahmen für eine reibungslose Durchführung geschaffen werden. Nur der Vollständigkeit halber sei angefügt, daß hierfür eine Anmeldung des Projekts bei der Schulleitung und rechtzeitige (!) Absprache mit den betroffenen Fachkollegen bzw. mit solchen Kollegen, die für die Informationsstunde an der heimischen Schule bzw. für den Archivbesuch Stunden zur Verfügung stellen müssen, erforderlich ist. Ebenso müssen rein technische Details wie z.B. Auswahl und (rechtzeitige!) Bestellung des Beförderungsmittels für den Archivbesuch in Würzburg bedacht werden.

Um den Archivbesuch selbst von allgemeinen, aber für die Schüler in diesem Zusammenhang wichtigen Informationen zu entlasten, ist sehr zu empfehlen, daß der erste Teil der Sequenz (1 Unterrichtsstunde) vom Ansprechpartner (Dr. Schott) gestaltet wird, jedoch nicht im Archiv, sondern an der jeweiligen Heimatschule. Dies ist vor allem aus zwei Gründen sinnvoll:

1. werden die Schüler von einem neuen Gesicht mit einer für sie völlig neuen Materie, jedoch in vertrauter Umgebung bekanntgemacht;

2. und wichtigstens wird dadurch der eigentliche Archivbesuch von einer allgemeinen Information über Sinn und Zweck von Archiven entlastet, so daß nach einer kurzen Besichtigung wichtiger Räumlichkeiten des Archivs die gesamte restliche Zeit für die Arbeit an den Archivalien zu Verfügung steht.

Bei Schulen außerhalb Würzburgs lohnt sich das Kommen des Archivvertreters (der ja noch etwas anderes zu tun hat) aber nur, wenn er mindestens zwei Klassen oder Kurse, bei kleineren Schulen vielleicht sogar zwei Jahrgangsstufen (natürlich nicht gleichzeitig, sondern nacheinander) ihrem jeweiligen Alter entsprechend über Sinn, Charakter, Organisation etc. von Archiven informieren kann. Für diesen Zweck ist eine entsprechend große Räumlichkeit vorzusehen.

Die Archive haben ihrerseits ein großes Interesse daran, nicht nur potentiellen Benutzern, sondern der gesamten Öffentlichkeit darzustellen, daß es sinnvoll ist, Archive zu unterhalten. Dazu gehört auf einer ersten Stufe, Laien zu erklären, wofür Archive überhaupt da sind, denn darüber kursieren - nach freundlicher Auskunft von Dr. Schott - die merkwürdigsten Vorstellungen, die meist in Richtung Museum oder Bibliothek gehen. Ziel dieser Information von seiten des Archivs ist es vordringlich, die Wichtigkeit von Archiven als "Gedächtnis eines Volkes", wie es so schön heißt, und ihrer Arbeit vor Augen zu führen, und dies nicht - oder jedenfalls nicht nur - um ihre Position in Haushaltsdebatten zu verbessern.

Für den Besuch im Staatsarchiv muß von nichtwürzburgischen Gymnasien ein ganzer Vormittag eingeplant werden. Einen Teil davon nimmt die kürzere oder auch längere Anreise (von Mellrichstadt aus [und allem, was an der Strecke nach Würzburg liegt] sehr bequem und vergleichsweise preiswert [mit DB-Gruppenfahrchein] zu erreichen; danach etwa viertelstündiger Fußmarsch zur Residenz) in Anspruch. Der Archivbesuch beginnt in der Regel mit einer kurzen Begrüßung durch den Behördenleiter, gegenwärtig Ltd. Archivdirektor Dr. Werner Wagenhöfer. Die Schüler werden dabei mit der Tatsache bekanntgemacht, daß es sich beim Staatsarchiv Würzburg um eine hierarchisch gegliederte, staatliche Behörde handelt, an die von der Öffentlichkeit bestimmte Ansprüche gestellt werden. Anschließend führt der Ansprechpartner im Archiv, gegenwärtig Archivoberrat Dr. Herbert Schott, durch ausgewählte Räume des Archivs (Repertorienzimmer als Ausgangspunkt aller Forschungen, Vorraum des Benutzerraums [von dort

aus Blickmöglichkeit in den Benutzerraum (mit Plätzen für PC-Nutzer)], Teile des Magazins), begleitet von Erläuterungen zur jeweiligen Funktion. Der letzte vorzustellende Raum ist das Kartenzimmer im ersten Stock, neben dem sich ein Raum befindet, der mit Tischen und Stühlen ausgestattet ist und provisorisch als Unterrichtsraum genutzt werden kann.

Hier beginnt die Arbeit des Fachkollegen. Es sind zweckmäßigerweise zwei Arbeitseinheiten von je anderthalb Stunden mit einer viertelstündigen Pause dazwischen einzuplanen. Von auswärts kommende Schüler werden dann eine nicht zu knapp bemessene Mittagspause (ggf. bis zur Heimfahrt) zu schätzen wissen. Nochmals im Archiv zu arbeiten, hat erfahrungsgemäß nicht viel Sinn. Die Schüler wären damit überfordert (aber hier mögen Ausnahmen, etwa ein kleiner, überdurchschnittlich motivierter Leistungskurs, die Regel bestätigen). Falls noch ausreichend Zeit bis zur Abfahrt bleibt, böte sich als Ausklang der Archivexkursion allenfalls die Besichtigung einer (aber bitte wirklich nur einer!) Würzburger Sehenswürdigkeit an.

c) Auswahl und Benutzung der Quellen (Allgemeines)

Für die 10. Jahrgangsstufe ist bei der Behandlung der Nachkriegszeit die Quellsituation im Prinzip für alle Gymnasien in Unterfranken gleich, auch wenn die Abgabepaxis der einzelnen (alten) Landratsämter sowohl was den Umfang, als auch was die Erschließung der Akten angeht, durchaus unterschiedlich war (und nach Auskunft des Staatsarchivs Würzburg noch immer ist); die abgegebenen Akten reichen daher unterschiedlich weit in die Gegenwart. In der Regel sind aber die nicht mehr für den aktuellen Geschäftsgang der Landratsämter benötigten Akten verfügbar, was bedeutet, daß die Akten der Nachkriegszeit normalerweise im Staatsarchiv Würzburg lagern.

Die Benutzung von Akten aus der Nachkriegszeit ist freilich noch stärker als bei solchen aus der Nazizeit durch die Bestimmungen des Bayerischen Archivgesetzes eingeschränkt, die dem Persönlichkeitsschutz dienen. Es ist jedoch eine ausreichende Anzahl von Akten vorhanden, so daß auch bei einer entsprechenden Auswahl - die nicht vom Fachkollegen, sondern vom Ansprechpartner im Archiv vorzunehmen ist - die Erreichung der vom Lehrplan definierten Unterrichtsziele nicht beeinträchtigt werden dürfte.

Anders als bei den ausschließlich personenbezogenen Akten in der Sequenz für die 12. Jahrgangsstufe handelt es sich bei dem für die 10. Klasse zur Verfügung stehenden Aktenmaterial um teilweise sehr umfangreiche Sachakten. Da diese Akten in der Regel weder foliiert sind noch eine durchgängig chronologische Ordnung aufweisen, bietet es sich an, umfangreichere Akte unter mehrere Schüler aufzuteilen und diese - soweit erforderlich - zunächst jeweils innerhalb der ihnen zugeteilten Papiere eine sachliche und innerhalb dieser eine chronologische Ordnung vornehmen zu lassen. Danach könnte dieselbe Akte neu geordnet nach Sachbetreffen bearbeitet werden.

Eine nachträgliche Follierung der genannten Sachakten ist nach Auskunft des Staatsarchivs nicht beabsichtigt; vielmehr werden die Abgaben der einzelnen Landratsämter zur Zeit archivseits (Hr. Loserth) nach dem Einheitsaktenplan (EAPI) neu verzeichnet. Leider steckt diese Arbeit noch in den Anfängen. Ausgedruckt (aber noch nicht gebunden) sind bisher erst der alte Lk. Königshofen/Gr. (Landgericht und Bezirksamt) und Hofheim (für die Jahre 1900-1972, d.h. die einschlägige Zeit für die hier interessierenden Unterrichtszwecke); jeweils mit Orts- und Personenregistern. Bearbeitet, jedoch noch nicht ausgedruckt sind die Abgaben der alten Landkreise Ebern und Haßfurt. Sicher ist aber, daß diese Ordnungsarbeiten noch viele Jahre in Anspruch nehmen werden, während derer nach der alten Ordnung gearbeitet werden muß.

Es schadet aber nicht nur nichts, sondern fördert bei den Schülern die Einsicht in die Probleme der aufnehmenden Archive bzw. in die Problematik der Archivierung ganz allgemein, wenn sie durch ihre praktische Ordnungstätigkeit erkennen, daß vor allem in Umbruchszeiten - wie z.B. unmittelbar nach dem Ende des 2. Weltkrieges - Aktenbildung (und als Folge dessen auch Aktenausscheidung) nicht als völlig logischer und in jedem Stadium einsichtiger Prozeß zu erkennen ist. Sie lernen dabei auch - und das ist eine wichtige Erkenntnis, die durchaus einen Transfereffekt hervorrufen kann - daß sich in Akten, deren Titel im Findmittel relativ nichtssagend sind, höchst aufschlußreiche Dokumente befinden können.

d) Durchführung des Projekts

Eine kurze Vorbesprechung des Projekts mit den Schülern kann und sollte im Rahmen einer ganz normalen Unterrichtsstunde im Zusammenhang mit der vom Lehrplan geforderten Erörterung der Lage Deutschlands bei Kriegsende stattfinden. Das Projekt betreffend müssen mit den Schülern zunächst nur dessen Ablauf und die organisatorischen Einzelheiten (s.o.) besprochen werden. Man sollte aber unbedingt schon bei der ersten Erwähnung des Projekts (!) eine Antwort auf die unweigerlich kommende Frage parat haben, ob diese Leistung - und wenn ja in welcher Form bzw. mit welcher Gewichtung - in die Geschichtsnote einfließt. Immerhin kann die Aussicht auf "Belohnung" durch eine gute Note bei vielen Schülern erfahrungsgemäß zusätzliche - gelegentlich ungeahnte - Energien freisetzen.

Daß die im Zusammenhang mit dem Projekt erbrachten Leistungen nur dann benotet werden sollten, wenn eine echte Einzelleistung dahintersteht, bedarf wohl keiner besonderen Begründung. Weniger ratsam - weil kaum objektiv zu beurteilen - erscheint mir eine Benotung im Rahmen von "Gruppenleistungen", weil erfahrungsgemäß in Gruppen meist nur einer oder zwei die Arbeit machen und der Rest sich darauf beschränkt, mehr oder weniger gute Ratschläge zu geben oder gleich Däumchen zu drehen.

1. Teil: Die Vorinformation (1 Unterrichtsstunde)

Dieser Teil der Sequenz sollte unbedingt in der Schule, jedoch nicht von dem jeweiligen Kollegen, sondern von dem Ansprechpartner im Staatsarchiv Würzburg, gegenwärtig Archivoberrat Dr. Herbert Schott, Sachbearbeiter für das Ressort Zeitgeschichte gestaltet werden (zu den Gründen s.o.).

Der Vertreter des Archivs erfragt zunächst verschiedene Meinungen dazu, was ein Archiv sei und geht auf die verschiedenen Antworten ein, die in der Mehrzahl der Fälle "schief" oder falsch sein dürften; dann informiert er über das Wesen von Archiven allgemein, danach über das Staatsarchiv Würzburg im besonderen, vor allem über Umfang, Herkunft und Wachsen seiner Bestände. Er erläutert kurz die Benutzungsbedingungen (einschließlich der rein technischen Seite dieses Vorgangs, illustriert durch ein Formular "Antrag auf Benutzung" mit Nennung und Erläuterung der geforderten Angaben zu Person, Zweck der Arbeit usw.). Außerdem klärt er den Begriff der Archivwürdigkeit, nennt in diesem Zusammenhang einige - die Schüler immer wieder beeindruckende - Zahlen über die Bestände des Staatsarchivs Würzburg (nach lfm) und nimmt den Schülern damit ganz nebenbei die Illusion, man könne bei der ungeheuren Fülle des jährlich von den Behörden abgegebenen Materials Archivieren durch Scannen erleichtern oder gar ersetzen); er erklärt den Unterschied zwischen Urkunden (bei dieser Gelegenheit werden auch die verschiedenen Beschreibstoffe genannt und zwei zu diesem Zweck bereitgehaltene,

unbeschriebene Stücke Pergament herumgegeben), Büchern, Akten und Karteien und ordnet diese grob den entsprechenden Perioden (Mittelalter, Neuzeit bzw. Neuzeit und Zeitgeschichte) zu.

Zur Illustration des Gesagten zeigt er, soweit die Zeit dies zuläßt, aus dem Fundus des Staatsarchivs Würzburg eine je nach Zeit (und auch nach der Menge des Materials, das für den jeweiligen Schulort in Frage kommt) zu variierende Menge an Dias von im Staatsarchiv lagernden Archivalien aus verschiedenen Epochen (von der Schenkung des fiscus Hammelburg durch Karl den Großen 777 - als der ältesten in Würzburg verwahrten Urkunde - über die Würzburger Herzogsurkunde, die berühmte "Guldene Freiheit" von 1168, ein Erbhuldigungsbuch des 16. Jahrhunderts (geschrieben von Lorenz Fries) und die Aufschwörungsurkunde eines Würzburger Domherrn des 18. Jahrhunderts bis hin zu einer mit Schreibmaschine erstellten Deportationsliste unterfränkischer Juden von 1942), anhand deren ein erster Eindruck von der Vielfalt sowohl der in den verschiedenen Epochen verwendeten Schriften wie auch von der Unterschiedlichkeit des schriftlichen Archivgutes vermittelt werden kann.

2. Teil: Das Staatsarchiv Würzburg als Lernort (ein Vormittag)

a) Begrüßung durch den Behördenleiter; anschließend unter Leitung des Ansprechpartners im Archiv Kurzbesichtigung (ca. eine halbe Stunde) wichtiger Räume des Archivs (s.o.), zuletzt des Kartenzimmers; danach Unterricht im provisorischen Übungsraum neben dem Kartenzimmer.

b) Austeilen der DIN-A4-Blätter mit den Leitfragen, die zunächst kurz zu besprechen und zu erläutern sind. Der hier vorgeschlagene Fragenkanon ist selbstverständlich frei variierbar; man kann bei den äußeren Merkmalen Fragen einfach weglassen (bzw. streichen lassen) - besonders wenn die Zeit etwas drängt -, damit die Schüler sich nicht in Äußerlichkeiten verbeißen und so zuviel Zeit draufzugehen droht. Andererseits besteht hier eine Möglichkeit für weniger erfolgsgewohnte Schüler, mit relativ geringem Aufwand (durch bloßes Anschauen und Beschreiben) ein erstes Erfolgserlebnis zu erzielen, das Barrieren gegenüber den Archivalien und gegenüber der neuen Unterrichtsform abbaut und dadurch stärker für die folgende inhaltliche Arbeit motiviert; ein vom pädagogischen Standpunkt her nicht zu unterschätzender Wert an sich.

Wichtig sind spätestens an dieser Stelle (wenn nicht schon bei der ersten Vorstellung des Projekts) aber vor allem Hinweise, wie die schriftliche Ergebnissicherung aussehen soll. Es ist auch darauf hinzuweisen, daß - wie im Benutzerraum des Staatsarchivs - nur (!) mit Bleistift geschrieben werden darf, damit die Akten nicht u.U. Schaden nehmen. Am effektivsten ist es, wenn sich die Schüler auf dem DIN-A4-Blatt mit den Leitfragen - auf dem zu diesem Zweck jeweils genügend Raum gelassen werden muß - Notizen zur Beantwortung der einzelnen Fragen machen. Deren Aufarbeitung und Zusammenfassung (etwa in der Art eines Ergebnisprotokolls) sollte - der Straffung und damit der größeren Effizienz der Auswertung und Schlußbesprechung wegen - als Hausaufgabe für die nächste Geschichtsstunde gestellt (eventuell auch abgegeben und bewertet) werden.

Erst nach dieser Vorinformation sollten die Akten - bei umfangreicheren Akten an mehrere Schüler jeweils ein Teil davon - ausgeteilt werden. Über die Größe dieser Teile lassen sich keine verbindlichen Aussagen treffen, da es sehr auf Umfang und Inhalt der einzelnen Dokumente sowie auf die Leistungsfähigkeit der Gruppe ankommt. Den Erfahrungen des Verfassers nach sollte der Umfang ca. 20 Blätter nicht überschreiten.

c) Mögliche Leitfragen zur Bearbeitung der im Staatsarchiv Würzburg vorgelegten Akten zum Thema "Nachkriegszeit im alten Landkreis Mellrichstadt":

1. Äußere Merkmale: Welche Signatur hat der Akt? (Warum muß er eine Signatur haben? hier könnten Probleme der Archivierung und des Wiederauffindens angesprochen werden). Wie wird der Akt verwahrt, wie sieht er von außen aus (Farbe, Material des Deckels) ? Gibt es Vermerke auf dem Deckel? (wenn ja, wie lauten sie? welche davon sind zeitgenössisch, welche stammen von der Archivverwaltung?) Wieviel Blätter [Produkte] enthält der Akt als Ganzes? Welche Art von Dokumenten (Berichte, Rundschreiben, Gutachten, Protokolle, Zeugnisse, Plakate etc.) enthält er [und wieviel]? Was sagen sie über den damaligen Stand der Bürotechnik [z.B. über Vervielfältigungsmöglichkeiten] und den damit verbundenen Arbeitsaufwand aus ? [hier liegt ein Vergleich mit heutiger Bürotechnik nahe, ein guter Sprechanlaß für Computerfreunde, die mit dem Fach Geschichte sonst nicht viel anfangen können; hier wird aber auch wieder die Frage auftauchen, warum man nicht "einfach" alles scant; auf diese Frage sollten die Kollegen die Antwort des Archivfachmanns parat haben, daß dies bei den ungeheuren Mengen des jährlich abgegebenen Materials viel zu aufwendig wäre und schon an den Personalkosten scheitern würde, weil keine Institution das bezahlen kann und will].

2. Kriterien formaler Art: Wann wurde der Akt angelegt? Behandelt er verschiedene Vorgänge oder nur einen? Wenn verschiedene, wieviel? Welche Person(en)/welches Problem ist/sind Gegenstand des Aktes [über den Vermerk auf dem Deckel hinaus]? Wer sind die Absender (wer wird tätig; führt Beschwerde, äußert Wünsche etc.), wer sind die Empfänger von Schreiben? Wann wurden diese abgefaßt? Wie lange zog sich der Vorgang hin? Wann und in welcher Form wurde er abgeschlossen?

3. Kriterien inhaltlicher Art: Wie ist der jeweilige Ton der Schriftstücke und worauf läßt er schließen? Mit welcher/welchem aus dem Unterricht bekannten Entwicklung/Sachverhalt hat der Akt zu tun?

d) Auswahl und Benutzung der Quellen (Spezielles)

Für eine Behandlung der Nachkriegszeit innerhalb des Projekts "Schule und Archiv" wurden für die 10. Klassen des Martin-Pollich-Gymnasiums Mellrichstadt aus StaatsA Würzburg, Rep. 0.2.0.17 "Landratsamt Mellrichstadt" (2 Bde.) folgende Akten ausgewählt, bei denen es sich um meist umfangreichere Sachakten handelt, deren Inhalt im folgenden der Reihe nach (also so, wie die Papiere gegenwärtig liegen) jeweils kurz angegeben und wo nötig kommentiert wird, damit interessierte Kollegen eine ihnen persönlich zusagende Auswahl treffen können. Außerdem werden [ebenfalls in eckigen Klammern] mögliche Fragen bzw. Aufgaben zum jeweiligen Problem gestellt und der Zusammenhang mit den Vorgaben des Lehrplans genannt:

n.1098: Kriegsschäden, Katastrophen- und Manöverschäden 1944-49 [umfangreicher Akt, aus mehreren Produkten bestehend, die auf mindestens 4 (bis zu 8) Schüler aufgeteilt werden müßten]

u.a.: "Explosionsschäden in Mellrichstadt am 26.8.1945" (durch Explosion eines US-Munitionslagers am Bahnhof); genannt werden auch Schäden am ehemaligen Russenlager [wo lag dieses? Anstoß für private Nachforschungen bei älteren Leuten; Erkenntnis, daß scheinbar banale Akten unabsichtlich wichtige Informationen enthalten können]; englischsprachige Liste vom 11.9.

45 (127 Namen und Adressen von Geschädigten (auch Firmen) mit den alten Hausnummern der Stadt [Quelle zur Topographie der Stadt; mögliche Aufgabe: Identifizierung mit heute noch (oder eben nicht mehr) existierenden Gebäuden; unabhängig davon: Problematik der Zweisprachigkeit von Dokumenten; Verständigungsschwierigkeiten mit den Besatzern; aber auch erneute Rechtssicherheit mit einklagbaren Rechten (hier auf Entschädigung von Verlusten durch Fremdeinwirkung)]; Auflistung von Schäden (in Höhe von RM 198944); dasselbe auch deutsch; dabei Anträge auf Ersetzung von Kriegssachschäden (mit Sammlung von Gesetzblättern über "Kriegssachschädenverordnung" aus der Nazizeit [die dazu dienen sollten, die Bevölkerung ruhigzustellen, indem ihre Kriegsschäden mehr oder weniger vollständig ersetzt wurden]). [Gegenstand: durch die Besatzungsmacht verursachte Probleme; deren Regelung; aber auch Fortdauer der Reichsmarkwährung]

(kurzer Schriftwechsel über Entschädigung eines Flurschadens verursacht durch Bombenabwurf am 7./8. 10. 1940 in Oberfladungen)

Viehverluste bei Einmarsch der Amerikaner [wodurch vermutlich verursacht?], eingetragen in ein Verzeichnis der Gemeinden des Lk. Mellrichstadt.
[Gegenstand: durch die Besatzungsmacht verursachte Probleme der Zivilbevölkerung (nicht nur als Vermögensschäden, sondern auch dadurch verursachte Ernährungsprobleme)]

Vorkehrungen der Verwaltung für die Geltendmachung von eventuellen Manöverschäden, die durch US-Truppen (April 1949) verursacht werden könnten; Protokoll der Bürgermeisterversammlung vom 9.4.49 (u.a. über Behandlung von Manöverschäden [Gegenstand: durch die Besatzungsmacht verursachte Probleme; möglich: Parallele zur Jetztzeit (Manöver der US-Army, der Bundeswehr)]; die Versammlung lehnt aber auch die Fortführung bzw. Wiedereinführung der Schulspeisung ab [Klärung des Begriffs, Anknüpfungsmöglichkeit für das Thema "Ernährungssituation in der Nachkriegszeit für Schüler"; aber auch Indiz für weitestgehend wiederhergestellte kommunale Selbstverwaltung].

Wiederaufbau von Beschußschäden 1945: Transport von Baumaterialien 14.9.45; erwähnt wird darin ein ehemaliges Gefangenenlager für Franzosen "bei Wachter" [= ehemaliger Reparaturbetrieb in der Meininger Straße] in Mellrichstadt.
[Gegenstand: Probleme des Wiederaufbaus; hier: Transportprobleme als Kriegsfolge]

Verzeichnis durch Kriegseinwirkung beschädigter öffentlicher Einrichtungen/Gebäude im Lk. Mellrichstadt, auch für das Bayer. stat. Landesamt;
[Gegenstand: Probleme des Wiederaufbaus; Topographie der Stadt; mögliche Aufgabe: Identifizierung mit heute noch oder nicht mehr existierenden Gebäuden; aber auch Rolle der Statistik für die Planungen der öffentlichen Hand]

Schreiben über Ziegelmangel im Landkreis Mellrichstadt vom 15.6.1945; Inbetriebnahme der Ziegelei Baier in Nordheim v. d. Rh.; außerdem Besorgung von Schotter für das amerikanische Airfield in Schweinfurt: diskutiert wird in diesem Zusammenhang eine Wiedereinbetriebnahme des Basaltwerkes Nordheim (schon Ende Mai '45!)
[Gegenstand: Probleme des Wiederaufbaus; hier: Deckung von Dächern als Voraussetzung für die Sicherung von Gebäudesubstanz; Aufbau einer Infrastruktur für die US-Army bei weitgehend zerstörtem Eisenbahn- und teilweise auch Straßennetz].

n.1102: "Tausch-, Schleich- und Schwarzhandel sowie Bekämpfung des Kaffee- und Zigarettschmuggels" 1946-50;
Erlaß MinInn vom 4.9.47 und Schreiben Preisüberwachungsstelle beim Regierungspräsidenten von Unterfranken vom 15.1.46;
aus einer offiziellen Verlautbarung vom 23.7.48 geht hervor, daß auch noch nach der Währungsreform befürchtet wurde, der Schwarzhandel könne die neue Währung ruinieren
Kaffee- und Zigarettschmuggel: MinInn vom 21.10.49
Erlaß betreffend Schwarzhandel mit ausländischen Waren noch vom 15.5.50 [!]
[Gegenstand: Versorgungsprobleme; aber auch Problem des u.U. mangelnden Vertrauens in die neue Währung (Vermögensverluste durch Abwertung von Reichsmarkguthaben; hier kann an die Inflation 1923 erinnert werden; hierdurch auch das zeitweise sehr populäre Quasi-"Motto" der sog. "Freßwelle" verursacht: "Iß und trink, solange 's dir schmeckt, schon zweimal ist uns 's Geld verreckt!")]

n.1103c: Anordnungen, Befehle und Gesetze der US-Militärregierung 1945 [sehr umfangreicher Akt; eine schier unerschöpfliche Fundgrube für die verschiedensten Probleme der ersten Jahre nach dem Krieg; sollte auf mindestens 10 Schüler aufgeteilt werden]

enthält u.a. mehrere Exemplare einer Bekanntmachung (Fassung vom 20.7.45) über Devisenwerte und Auslandsvermögen (betreffend Meldung und Ablieferung); als Tag der Bekanntmachung gilt der 10.2.46

[Gegenstand: Besatzungspolitik; hier: Devisenkontrolle und unrechtmäßig erworbene Vermögen]

Schreiben vom 14.7.45: US-Gouverneur hat sich auf Bitten der deutschen Zivilverwaltung einverstanden erklärt, die vorgesehenen Entlassungen von Kriegsgefangenen noch nicht durchzuführen (!!)

[Gegenstand: Versorgungsprobleme; für die Schüler ist dieses Schreiben nicht erklärlich, aber nur auf den ersten Blick verblüffend. Anlaß ist, daß sich die deutsche Zivilverwaltung zu diesem Zeitpunkt den Versorgungsproblemen nicht gewachsen fühlte. Um diese nicht noch zu verschärfen, sollten die deutschen Kriegsgefangenen noch eine Weile in amerikanischen Lagern festgehalten werden; denn dort wurden sie von der Besatzungsmacht mit allem Lebensnotwendigen versorgt].

Anschlag der Finanzverwaltung (engl. und dt.); Bestimmungen über Entlassung und Suspendierung von NS-Unterstützern
[Gegenstand: Entnazifizierung]

Aufruf an ehemalige Beamte der Reichsministerien, sich zu melden
[Gegenstand: Entnazifizierung sowie Bestrebungen der deutschen Verwaltung, mit möglichst unbelasteten Leuten wieder eine funktionierende Bürokratie aufzubauen]

1947 Aufruf des unterfränkischen Regierungspräsidenten Adam Stegerwald an "Stadt und Land" zur Sicherung der Ernährung.

[Gegenstand: dramatischer Appell an die Bevölkerung, der die abzusehenden Versorgungsprobleme sowie deren Zusammenhang mit den Verkehrsproblemen, d.h. mit der zerstörten Infrastruktur aufzeigt; aufschlußreich für die angespannte Ernährungslage ab Mitte 1947 als Vorbote für den "Hunger-" oder "Steckrübenwinter" 1947/8, der zu einer größeren

Konzessionsbereitschaft der amerikanischen Besatzungsmacht auf allen Gebieten und zu einer massiven Lebensmittelunterstützung (durch CARE-Pakete) führte]

(Aufruf zur Anmeldung von gesperrten [in der Regel unrechtmäßig erworbenen] Vermögen)

Plakat über Verbot des Besitzes, Verkaufs und Tauschs von Gegenständen amerikanischen Ursprungs

[Gegenstand: Unterbindung des schwunghaften Schwarzhandels mit US-Waren (kaum um "Fraternisierung" zu verhindern); Indiz für Versorgungsprobleme]

Original-Plakat Bekanntmachung Nr. 1 des Internationalen Militär-Gerichtshofs (mit namentlicher Nennung der NS-Angeklagten im Nürnberger Prozeß; engl. u. dt.)

[Gegenstand: Nürnberger Prozeß; spektakuläre, dabei leicht zu überblickende Quelle für die Abrechnung mit den einstigen Größen des Nationalsozialismus; Gelegenheit zur Wiederholung des Stoffs der 9. Jahrgangsstufe bzw. zu kleinen Arbeitsaufträgen: Information über Funktion(en) und/oder Taten der angeklagten Personen (und Institutionen) und ihr späteres Schicksal; d.h. auch über die ergangenen Urteile; ihre damalige Wirkung auf die deutsche Bevölkerung; hier kann aber auch die Meinung der Schüler zu diesen Urteilen erfragt werden (wenn über die bekannten Vorbehalte informiert wurde: "Siegerjustiz" (kein Internationaler Gerichtshof, wie ursprünglich geplant, sondern nur Vertreter der Siegermächte), keine Ahndung alliierter Kriegsverbrechen usw.)]

Umfärben von Wehrmachtsuniformen zur Linderung des Mangels an Kleidung (Angebote von Firmen, Empfehlung durch das LRA etc.)

[Gegenstand: Versorgungsprobleme; hier: Textilien]

Original-Plakat: "Botschaft an die Deutschen von General Eisenhower" (vom 6.8.45, engl. und dt.)

[Gegenstand: Eine spektakuläre, dabei leicht zu überblickende Quelle einerseits für die Abrechnung mit dem Nationalsozialismus, andererseits jedoch verbunden mit dem Versprechen einer Aussicht (der Deutschen) auf einen demokratischen Neubeginn]

Liste von ehemaligen Funktionären der NSDAP im alten Lk. Mellrichstadt (jeweils mit kurzer Einschätzung ihrer Bedeutung und Rolle; engl. und dt.)

[Gegenstand: Entnazifizierung; Abrechnung mit dem Nationalsozialismus]

Grußpflicht deutscher männlicher Bürger für Fahnen "der UN-Streitkräfte" [de facto für den "Union Jack"]; sehr ins Einzelne gehende Vorschriften

[Gegenstand: Verhältnis zur Besatzungsmacht; Rolle der Deutschen als Besiegte (und Gedemütigte)]

(Verbot des Bierbrauens)

Aufhebung des Verdunkelungsgebots am 14.5.45 (also nur eine knappe Woche nach offiziellem Kriegsende)

[Gegenstand: Rückkehr zur lange nicht gekannten "Normalität"; (hier könnte zunächst die Bedeutung des Begriffs erfragt werden)]

Bericht über das Verhalten (u.a. Wegnahme von Wertgegenständen) russischer (!) Soldaten in bayerischen (!) Grenzorten des Kreises Mellrichstadt (vom 17.7.45; engl.)

[Gegenstand: Probleme mit den Besatzungsmächten; ein wertvolles Dokument über die Schwierigkeiten für die nordbayerische Bevölkerung, die durch den Rückzug der US Army aus Thüringen und ihre Ablösung durch die Rote Armee verursacht waren; die russischen Soldaten wußten offenbar nicht genau (oder wollten vielleicht nicht wissen?), wo die Demarkationslinie verlief]

(Inventar der in der Malzfabrik Mellrichstadt gelagerten Bestände der dt. Kriegsmarine)

Um- bzw. Rückbenennung von NS-Straßen- und Platzbezeichnungen [Gegenstand: Abrechnung mit dem Nationalsozialismus auch durch sprachliche Entnazifizierung; aber nur relativ wenige (meist größere) Ortschaften im Kreis Mellrichstadt hatten solche Straßennamen. Sind sie dennoch ein Indiz für Anpassung oder Nichtanpassung der Führungsschicht ganzer Ortschaften an das NS-System?]

2.10.45 Meldung von noch vorhandenen Munitionsbeständen in einzelnen Gemeinden
[Gegenstand: Probleme der Bevölkerung mit den unmittelbaren Kriegsfolgen]

(n.1495: Errichtung einer Hauptschule zu Mellrichstadt 1945 [Gegenstand: Rückkehr zur Normalität])

n.1762: Opfer des Faschismus, rassistisch, religiös und politisch Verfolgte; Wiedergutmachung 1945-49 (92 Blatt) [unter mehrere Schüler aufzuteilen; Gegenstand: alle folgenden Schriftstücke sind unter den Rubriken "Wiedergutmachung" bzw. "Abrechnung mit dem Nationalsozialismus" zu sehen]

30.8.46: Schreiben von Pfarrer Emil Salzmann, Oberfladungen, an den Landrat; erwähnt Sondergerichtsakten zu seinem Prozeß [vor dem Sondergericht Bamberg wegen "Kanzelmißbrauchs"; hier kann darauf hingewiesen werden, daß für die Vorgeschichte der Akt "Gestapostelle Würzburg n.11696" beizuziehen wäre.
[Gegenstand: "Wiedergutmachung" (die Problematik des Begriffs ist zweckmäßigerweise bei seinem ersten Auftreten zu erörtern: Konnte das, was vielen Menschen in der Nazizeit angetan wurde, wirklich "wiedergutmacht" werden? aber auch ein gutes Beispiel für den - Schülern normalerweise nicht geläufigen - Tatbestand, daß über jeden Bürger bei vielen (öffentlichen wie nichtöffentlichen) Institutionen Akten gebildet werden und erst die Auswertung aller Akten ein umfassendes Bild ergibt]

3.12.45 Mellrichstadter Landrat Dr. May an Staatskommissar für die Betreuung der Juden in Bayern zugunsten von Frau Helene Laudensack, geb. Engel [verwendet für diese darin jedoch den Ausdruck "Volljüdin"; in einem ebenfalls im Akt enthaltenen Schreiben des Kreisausschusses Mellrichstadt vom 21.7.47 wird sogar noch der Ausdruck "ein früherer jüdischer Mischling" verwendet.

[Gegenstand: Probleme mit der Vergangenheitsbewältigung"; sehr deutliches Indiz dafür, wie stark sich Begriffe aus dem "Wörterbuch des Unmenschen" in den Köpfen vieler Bürger (besonders der in der Öffentlichkeit tätigen) festgesetzt hatten]

17.12.45 Der Staatskommissar für die Betreuung der Juden in Bayern, München, Prinzregentenstr. 5: Schreiben zur Angelegenheit Frau Helene Laudensack (von den Nürnberger Gesetzen Betroffene)

[Gegenstand: Wiedergutmachung; Gelegenheit zur Rekapitulation des Inhalts der berüchtigten Nürnberger Gesetze]

Merkblatt für die Ausstellung von landeseinheitlichen Ausweisen für ehemalige aus politischen Gründen Inhaftierte; dabei Liste vom 3.10.46 von 13 Menschen im Lk. Mellrichstadt, die vom Ernährungsamt "Zusatz V" [d.h. wohl zusätzliche Rationen für V(erfolgte)] erhalten sollten.

[Gegenstand: Erarbeitung von Richtlinien zur "Wiedergutmachung" für bestimmte, in der Nazizeit verfolgte Personen bzw. Personengruppen; Formen der "Wiedergutmachung"]

Bildung einer "Kolonie" von 5 Leuten (2 politisch, 2 rassistisch Verfolgte, 1 sudetendeutscher Antifaschist) aus dem Landkreis Mellrichstadt zur Feststellung von unterbelegtem Wohnraum [Gegenstand: Versorgungsproblem Wohnraum; hier kann auf die schon während des Krieges durch Evakuierte sowie nach dem Krieg durch Flüchtlinge und Vertriebene aus dem deutschen Osten verursachten Wohnungsprobleme eingegangen werden; ebenso auf die Problematik des Einsatzes von unbelasteten bzw. sogar verfolgten Personen (daß sich nämlich damit der Groll derer, die gegen ihren Willen Untermieter zugewiesen erhielten, gegen die in der NS-Zeit Verfolgten richtete, wodurch in vielen Fällen die Frontstellung aus dieser Zeit konserviert worden sein dürfte)].

24.9.46 Liste von 19 Leuten [+ 3 handschriftliche Nachträge] von pol., rass. und religiös Verfolgten und Inhaftierten (darunter die Pfarrer Emil Salzmann, Oberfladungen, (aus rel. Gründen), und Pfarrer Konrad Weigand, Hendungen (pol.); auch 3 bzw. 4 Frauen (!) aus Oberfladungen (rel.); 5 Personen aus Ostheim, darunter Lehrer Reinhard Hoffmann [eine wohlthuende Ausnahme von der Regel, daß Lehrer stramme Nationalsozialisten zu sein hatten (und meist auch waren)]).

[Gegenstand: Wiedergutmachung; hier kann auf die Rolle von Frauen im Zusammenhang mit "gesellschaftlicher Verweigerung" (in diesem Fall religiös motiviert) als relativ weit verbreiteter Form des Widerstandes eingegangen werden]

Textil- und Schuhzuteilung für Verfolgte (und zwar nur für Ausweisbesitzer), die aber dafür nach Bad Kissingen (!) fahren mußten

[Gegenstand: Versorgungsprobleme; Schwierigkeiten bei der Wiedergutmachung]

Brennholzsonderzuteilung für Verfolgte (1 Ster [= Raummeter = 1 Kubikmeter geschichtetes Holz, also mit Zwischenräumen] pro Kopf) 31.10.46. Bei der 2. Zuteilung (Rundschreiben Reg. v. Ufr. vom 26.6. 1947: 1 Ster Brennholz und 1 Zentner Kohle) wehrt sich der Bürgermeister von Oberfladungen am 2.8.47 mit der "Begründung", daß bereits normale Zuteilung erfolgte, auch Leseholz gesammelt werden darf.

[Gegenstand: Versorgungsprobleme; Schwierigkeiten bei der Wiedergutmachung (staatliche Anweisungen zugunsten Verfolgter werden durch nachgeordnete Behörden [in denen auch ehemalige Verfolger sitzen] unterlaufen)]

8.7.47 Schreiben des Bevollmächtigten des Staatskommissars: eine Reihe Bürgermeister wie auch Landratsämter sind der Aufforderung zur Brennholzsonderzuteilung im vorangegangenen Jahr nicht nachgekommen; gibt der Hoffnung Ausdruck, daß dies nicht wieder vorkommt.

Brennholzeinschlag war am 1.9.47 nur zu 50 % durchgeführt; für die Aufarbeitung von 35 Ster Brennholz im Monat werden als Prämie wahlweise angeboten: 1 Paar Arbeitsschuhe, 44 Textilpunkte oder 1 komplette Fahrradbereifung [!]

[Gegenstand: Schwierigkeiten bei der Wiedergutmachung und Probleme durch die kalte Jahreszeit (Heizung); die genannten Prämien weisen auch auf entsprechende Versorgungsprobleme hin, die im Unterricht thematisiert werden könnten]

23.9.47: Bezugsrecht ehemals Verfolgter für 350 (!) g Fisch in einem Schweinfurter (!) Geschäft
[Gegenstand: Wiedergutmachung; aber wieviel Personen mögen in den Genuß dieses Bezugsrechts gekommen sein? was sagt dieses Bezugsrecht über die Versorgungslage aus?]

Schreiben des Staatskommissars Auerbach vom 4.2.47 über sog. "Erbgesundheitsgerichte"; darin die Information, daß am 10.1.47 14 SS-Wachmannschaften des KZ Dachau freigesprochen wurden; das passive Verhalten möglicher Zeugen "trug viel zu diesem Urteil bei."
[Gegenstand: Mißglückte Abrechnung mit dem Nationalsozialismus; hier wäre eine Diskussion über traumatische Erlebnisse und deren Qualität (die im Fall Dachau offenbar eine so frühe "Bewältigung" nicht zuließen) möglich und sinnvoll]

Formular: "Antrag auf Ausstellung eines Ausweises für ehemalige politische Gefangene"
[Gegenstand: Wiedergutmachung; welches waren die Voraussetzungen dafür? (aus den Fragen des Formulars zu ersehen)].

7.3.46 Schreiben über von Bürgermeister und Landräten gemachte Schwierigkeiten beim Zuzug von ausländischen jüdischen DPs (die offenbar vielfach gezwungen wurden, in Lagern zu leben).
[Gegenstand: Haltung gegenüber ausländischen Juden (mögliche Motive?)]

Kosten der 4 Betreuungsstellen für ehemalige Verfolgte; hier Schweinfurt (Besoldung des Leiters: RM 925, einer Angestellten: RM 245)
[Gegenstand: Wiedergutmachungsbürokratie]

Gegen Ende dokumentiert die Akte einen sehr charakteristischen Fall für eine (zumindest anfangs) mißlungene Abrechnung mit dem Nationalsozialismus, nämlich einen Fall von offener Erschwindelung von Vorteilen durch einen "Trittbrettfahrer" (Werner Visosky, Ostheim), der wegen unerlaubter Entfernung von der Truppe im Zuchthaus Untermaßfeld (alter Lk. Meiningen) saß und bei seiner Befreiung durch die Amerikaner 1945 Bescheinigungen über Verfolgung erhielt, da er zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Saß zunächst im [Arbeits-]Lager Aschendorfermoor bei Papenburg/Ems; später [Zeitpunkt geht aus den Akten nicht hervor, aber wohl wegen Rückverlegung der Westfront] nach Untermaßfeld (Lk. Meiningen) verbracht; wird im Schreiben vom 16.3.46 an Staatsminister für Sonderaufgaben als Deserteur bezeichnet.

Nach einem Formblatt "Meldungen über nicht detonierte feindliche Abwurfmunition" [Gegenstand: unmittelbare Kriegsfolgen] folgen zahlreiche Schriftstücke zum Fall Visosky, der exemplarischen Charakter hat. Besonders aufschlußreich und in vier (!) Durchschlägen vorhanden - daher auch für eine Gruppenarbeit gut geeignet - ist ein sehr ausführlicher (vierseitiger) maschinenschriftlicher Bericht des damaligen Landrats von Mellrichstadt, Dr. May, vom 19.2.46 an den Staatsminister für Sonderaufgaben über verschiedene ihn [May] betreffende Anschuldigungen durch Werner Visosky; u.a. Wahl des nach dem 1.5.37 in die NSDAP eingetretenen Alexander Krahn zum Bürgermeister von Ostheim; May muß sich in diesem Zusammenhang gegen den Vorwurf wehren, Nazis zu fördern, verweist aber (zu Recht) auf die einschlägigen Gesetze, die diese Möglichkeit zulassen.

[Gegenstand: Schwächen des demokratischen Neubeginns; wie in so vielen anderen Bereichen (v.a. der Justiz und der Schulen) waren auch in der Kommunalpolitik gar nicht so viel völlig Unbelastete zu finden, wie für einen wirklich demokratischen Neubeginn nötig gewesen wären].

May schreibt u.a. (zum Beweis, nicht - wie ebenfalls von Visosky behauptet - antisemitisch eingestellt zu sein), von seiner eigenen Frau (!), sie sei "jüdischer Mischling ersten Grades" [Gegenstand: Zeugnis für die Wirksamkeit einer jahrelangen Indoktrination; unbewußte Akzeptanz der offiziellen Sprachregelung durch die NS-Ideologie auch noch nach dem Ende des Regimes].

Zur Person des Klägers: Visosky wurde nach eigenen Angaben gegenüber den ihn befreienden Amerikanern am 11.6.41 wegen Fahnenflucht zum Tod verurteilt [tatsächlich aber (Schreiben vom 1.3.46) vom zuständigen Feldgericht wegen unerlaubter Entfernung vom Heer in Paris zu 7 Jahren Lager/Zuchthaus], angeblich in einer erneuten Verhandlung am 27.9.41 zu 7 Jahren Zuchthaus abgeändert; stellte 11.5.42 [geht ebenfalls aus Schreiben vom 1.3.46 sowie Nachricht des von V. beauftragten Rechtsanwalts in Papenburg hervor] ein Gnadengesuch auf Frontbewährung (!) [was entschieden gegen eine politisch motivierte Fahnenflucht bzw. Gegnerschaft zum NS spricht], das am 3.8.42 abgelehnt wurde [Or. der Ablehnung weiter hinten im Akt]; saß dann im Lager II (Aschendorfermoor) bei Papenburg/Emsland; heiratete nach seiner "Befreiung" durch die Amerikaner Kunigunde Baumbach aus Ostheim, die von der amerikanischen Militärregierung wegen Plünderns (!) 3 Monate eingesperrt worden war. Wurde zunächst von den Amerikanern als politisch Verfolgter anerkannt und erschwand damit verschiedene geldwerte Vorteile (Raucherkarte, Zuteilung eines LKW und eines Motorrades wegen angeblichen Aufbaus einer Spedition).

[Gegenstand: Problematik des Beweises von Verfolgung und daraus abzuleitenden Rechts auf Wiedergutmachung; in diesem Zusammenhang zahlreiche Betrügereien (etwa auch von KZ-Insassen, die Kapos gewesen waren), die wiederum den Teil der Bevölkerung verbitterten, der über die frühere Rolle der angeblich Verfolgten Bescheid wußte].

Akten zu Hans Rosina, geboren in Mähren, damals aber wohnhaft in Ostheim; trug während der KZ-Haft roten Winkel [= politischer deutscher Häftling]; mehrfacher Wechsel des KZ (Mauthausen, Buchenwald, Dora/Nordhausen, dort von Amerikanern am 11.4.45 befreit); war angeklagt der Wehrdienstverweigerung und des Feindsenderhörens.
[Gegenstand: Wiedergutmachung]

Schreiben des VVN (Verein der Verfolgten des Naziregimes e.V.) vom 6.2.48 (!) kritisiert Haltung staatlicher Verwaltungsbehörden gegenüber Angehörigen des VVN
[Gegenstand: Wiedergutmachung; hier: mangelnde Bereitschaft dazu]

Schreiben des Arbeitsamts Schweinfurt vom 21.1.49 über bezahlten zusätzlichen Urlaub von Opfern des Faschismus
[Gegenstand: Wiedergutmachung]

Mögliche zusammenfassende Fragen zu diesem Komplex:

Welche Art von Verfolgten gab es ? [pol., rass.]. Welche Formen der Wiedergutmachung für ehemals Verfolgte gab es? [in erster Linie materielle; Aufzählung und Bewertung der verschiedenen Vorteile]. Problematik: Wie war die Haltung gegenüber solchen Versuchen der Wiedergutmachung bei der Verwaltung, bei der [ebenfalls Mangel leidenden] Bevölkerung, bei den ehemals Verfolgten selbst?

Der zweite große Teilbereich der sog. "Wiedergutmachung" betrifft die Entschädigung für jüdisches Vermögen, das meist für einen Bruchteil des tatsächlichen Wertes "arisiert" wurde, d.h. in nichtjüdischen Besitz gelangte, wobei - falls diese Akten behandelt werden - mit der Klasse die Problematik des Begriffs "Wiedergutmachung" zu klären wäre, ob nämlich überhaupt irgendetwas "gutgemacht" werden kann, wenn die ehemaligen Besitzer von den Nazis ermordet wurden oder nur durch mehr oder weniger erzwungene rechtzeitige Auswanderung der Vernichtung in deutschen KZs entgangen waren (was beides auch für Juden aus dem alten Lk. Mellrichstadt bezeugt ist).

n.1910 (1949/50): Akte über ehemaligen jüdischen Grundbesitz (im alten Lk. Mellrichstadt)

Schreiben des Amtes für Vermögensverwaltung, Bad Kissingen, Pfaffstr. (für die Betreuung ehemaligen jüdischen Grundbesitzes zuständig) vom 29.3.49: jetzige Besitzer jüdischer Häuser in Willmars weigern sich kategorisch, den nach Gesetz n.52 zu leistenden Zahlungsverpflichtungen nachzukommen (Verfasser tadelt die Außenstelle Bad Neustadt [die auch für Mellrichstadt und Königshofen zuständig war] für ihre "unangebrachte Langmut" mit den säumigen Zahlern) [Gegenstand: mangelndes Unrechtsbewußtsein in großen Teilen der Bevölkerung und auch der Verwaltung; warum war Wiedergutmachung so unpopulär? Neben der eigenen Notsituation und der ganz normalen Habgier der neuen Besitzer wohl auch Verdrängung; nur psychologisch zu erklärende Weigerung, eine persönliche Schuld einzugestehen].

Schreiben vom 12.10.49 wegen Anwesen Klara Katz, Bastheim n.50: Gemeinde hatte das gesamte Anwesen für den - Zitat "minimalen Betrag" - von RM 470 (!!)) gekauft, identisch mit dem Erlös aus dem Abbruch des Gebäudes; Entschädigung des Erben der Familie Katz (Eugen Lynn, NY) durch Vergleich (mit DM 2500)

[Gegenstand: Wiedergutmachung; exemplarisch für eine häufig geübte Entschädigungspraxis, wenn Erben des zu Niedrigstpreisen "arisierten" jüdischen Vermögens überlebt hatten].

(Darin auch ein Verzeichnis von vorhandenen Akten über Veräußerungen von in jüdischem Besitz befindlicher Grundstücke (Namensliste)

[Gegenstand: Wiedergutmachungsbürokratie; Veräußerungen betreffen meist Mellrichstadt und Willmars])

n.1916 (1933-48): Jüdisches Vermögen (Generalakten mit Erhebungen und Einzelnennungen). Dieser Akt betrifft zum größeren Teil die Vorgeschichte der Entschädigungen für die mehr oder weniger zwangsweise Veräußerung von jüdischen Immobilien im alten Lk. Mellrichstadt an Nichtjuden ("Arisierung"); wenn aber die "Wiedergutmachung" dieses Kapitels der Nazizeit behandelt wird, ist er zum Verständnis unbedingt erforderlich.

14.4.39 werden "Judengrundstücke" in Willmars zur Bebauung bzw. zur Ernteeinbringung [Durchfahrtsrechte?] freigegeben

Akten über Zwangsverkäufe; dabei auch eine ganze Reihe notarieller Kaufverträge, u.a. in Bastheim Moses Stein (Hs.-Nr. 31, Pl.-Nr. 68), landwirtschaftliches Anwesen für RM 2300 (schon der Einheitswert betrug das Doppelte!); erworben von Hugo Mültner, Landwirt, Hs.-Nr. 18.

In Mittelstreu verkaufte Rosa Weinberg [die wohl schon am 24.3. 42 mit dem 2., in Kitzingen zusammengestellten Transport mainfränkischer Juden "nach dem Osten" [Izbica 63 km. sö. Lublin] deportiert wurde und entweder der programmierten "Vernichtung durch Arbeit" zum Opfer fiel oder in einem der im näheren Umkreis gelegenen Vernichtungslager (Belzec, Majdanek, Sobibor) - ermordet wurde] auch für ihren Bruder Leopold, damals schon nach England emigriert: Grundbesitz in Mittelstreu an 14 genannte Käufer; Wohnhaus, Stallung, Keller, Hofraum, Garten, Gemüsegärtchen, Scheune mit Keller wurde für nur RM 1400 (!!) (Einheitswert RM 2160) an Benedikt Illig verkauft; der Kreisobmann der Kreisbauernschaft setzte 6.11.39 den zwischen Käufer und Verkäufern vereinbarten Preis von RM 2000 auf 1400 zurück (!) mit der völlig abwegigen "Begründung", Illig müsse schließlich auch noch verschiedene [genannte, aber bei jedem Grunderwerb fällige!] Abgaben zahlen. Der sonstige Grundbesitz kam an die übrigen 13 Käufer und bestand nur aus teilweise sehr kleinen Landparzellen.

Schreiben der Obersten Siedlungsbehörde vom 29.11.39 über "Ausgleichszahlungen" an das Reich bei zu niedrigem Kaufpreis (Unterschreitung des Verkehrswertes); grundsätzlich war außerdem eine "Arisierungsabgabe" fällig, die aber damit verrechnet werden konnte [d.h. der deutsche Staat bereicherte sich an jüdischem Vermögen]

(Liste mit Adressenänderungen von Juden in Mellrichstadt)

Nachricht vom 19.4.43, daß Rosa Weinberg mit Verfügung der Gestapo Würzburg vom 27.3.42 "nach dem Osten evakuiert" worden sei [s.o.]

Kaufvertrag Stadt Mellrichstadt (Bürgermeister Alfons Halbig) und "Reichsvereinigung der Juden in Deutschland" Pl.-Nr. 322 (Hs.-Nr. 139 1/2) für RM 4074 (ehem. Judenschule [am heutigen Kirchplatz], bestehend aus Wohn- und Schulhaus mit Keller, Schweinestall und Hofraum) (Einheitswert RM 7000, Bürgermeister Halbig plädierte für "höchstens 2500,- RM"; letztes Aktenstück aus der Nazizeit (vom 12.8.43), dann

8.8.45 Bürgermeister Bastheim; Schreiben des Landrats vom 1.9.45 an die Bürgermeister über Feststellung jüdischen Vermögens in Bastheim, Mellrichstadt Mittelstreu, Nordheim/Rh., Willmars, Fladungen (18 Nummern)

18.9.45: Liste mit 8 Erwerbern jüdischen Eigentums in Bastheim, 5 in Willmars.

Gegen Schluß der Akte hin Beispiel für den Sohn eines Erben jüdischen Besitzes in Oberwaldbehrungen, der als amerikanischer Soldat wieder nach Deutschland kam.

Schreiben eines überlebenden Juden aus Sondershausen vom 5.12.45 an "Bezirksamt" [= seit 1939 Landratsamt] Mellrichstadt; Antwort: der ehemalige jüdische Besitzer des fraglichen Mellrichstadter Anwesens ("jetzt" Eisengeschäft Erwin Fritz, Hs.-Nr. 326) sei am 24.4.42 nach Würzburg "abgeführt" [also am 25.4. mit dem 3. Transport mainfränkischer Juden (nach Krastynaw, 55 km sö. Lublin) deportiert] worden.

Am Schluß der Akte ein Packen Fehlanzeigen der Gemeinden des (alten) Landkreises Mellrichstadt zur Anfrage über enteignete oder zwangsverkaufte Kfz. aus jüdischem Besitz (Nov 48).

n.1918 (1932-62): Wiedergutmachung

20. März '45: Finanzamt Bad Neustadt an Landrat von Mellrichstadt als Preisbehörde:
Stadtgemeinde Mellrichstadt kaufte mit Urkunde des Notariats vom 10.5.43 "die ehemalige
Judenschule um 4074 RM und Übernahme der Hauszinssteuerabgeltung von RM 400." Anfrage, ob
Bedenken gegen die Höhe des Kaufpreises bestehen? solche werden nicht erhoben.
[Gegenstand: staatliche Bereicherung an jüdischem Vermögen (ein Thema noch in den letzten
Tagen des 3. Reiches; am 7. April wurde Bad Neustadt kampfflos an die Amerikaner übergeben)]

Schreiben der Volkswahl-Krankenversicherung; übernimmt vollen Krankenkassenschutz für KZ-
Häftlinge und Juden, die wegen politischer Verfolgung oder aus wirtschaftlicher Not ihre KV
aufgegeben hatten bzw. dazu gezwungen (!) worden waren.
[Gegenstand: Wiedergutmachung]

Meldungen der Bürgermeister einzelner Gemeinden über 1939 ansässige Juden und ihr weiteres
Schicksal (Sondheim/Rh., Willmars, Mellrichstadt, Nordheim/Rh., Mittelstreu, Oberwaldbehungen,
Ostheim (dort nur das Ehepaar Neumaier; wegen Zerstörung der Wohnungseinrichtung und des
Hauses durch die SA nach Marktbreit verzogen).
[Nach Auskunft von Ortsansässigen waren die Täter Einheimische, 20 SA-Leute aus Ostheim, die
in der Pogromnacht 1938 zuerst in Oberelsbach die Synagoge und danach in Ostheim das
Neumaiersche Anwesen verwüstet hatten; der Anführer Markert hat nach dem Krieg seine Strafe
in Bayreuth abgesessen; die anderen SA-Leute sind gefallen].

MinFin: Wiedergutmachung nat.soz. Unrechts an Beamten (Erlaß vom 17.6.46) mit genauen
Angaben und Beispielen für die Kriterien, die zu einem Anspruch führen bzw. nicht führen.
[Gegenstand: Wiedergutmachung; hier: an vom NS-Regime benachteiligten Beamten]

Liste der Gemeinden des Lk. Mellrichstadt; darin 5 angehakt; Liste über "Jüdische
Ceremonialgegenstände", die dort noch verblieben sind.

5.9.46: Schreiben der [jüdischen] Historischen Kommission beim Central Komitee, München,
Möhlstr. 12a über eventuelle Existenz von KZs im Lk. Mellrichstadt (Fehlanzeige) und über
jüdische Einwohner im Kreis; beantworteter Fragebogen.
[Gegenstand: Aufarbeitung der Nazizeit durch jüdische Historiker]

Vertreibung der Juden (3 Listen bzw. Antworten): Bastheim (28.8.46) mit Namensliste des Jahres
1933 20 Juden (4 Familien);
Wechterswinkel 1 Fam. (Prof. Dr. Ernst Levy); verzog 1935 oder 1936 nach Berlin (wegen Arbeit
an der dortigen Universität);
Nordheim/Rh.: 21 Personen, davon 1 gestrichen (starb 1932); 3 starben vorher; eine '37, eine am
10.11.38 [!!!] [Karl Schuster, 55 J. alt; hier Hinweis auf das Datum möglich: Folge von
Mißhandlungen in der Reichspogromnacht ?] bzw. '40; auf der Liste "Ausgewandert am:" 5
Personen zu den Daten 23.4. und 1.5.42 nach Würzburg bzw. "Lager unbekannt"
[Gegenstand: Historische Aufarbeitung der Nazizeit]

Vorgang über Wunsch nach Nutzung der ehemaligen Synagoge zu Nordheim/Rh. durch eine
Jugendgruppe
[gebilligt von der Israelitischen Kultusgemeinde in Bayern; Indiz für Übergang zu einer
"Normalität" ohne die ausgewanderten bzw. ermordeten Juden]

Liste über jüdische Wohnbevölkerung 1933 und 1939 in den Gemeinden des Lk. Mellrichstadt (nur Ziffern); insgesamt 232/74

[Gegenstand: Historische Aufarbeitung der Nazizeit]

letztes Blatt: Werbung für einen Kommentar zu den Gesetzen über Entschädigung bzw. Wiedergutmachung

[Gegenstand: Entschädigungsbürokratie]

n.1922 (1947/8), Auswanderung von DPs [Displaced Persons (meist Zwangsarbeiter der verschiedensten Nationalitäten aus den von Deutschen besetzten Gebieten)] aus Deutschland

n.1923 (1938/50; u.a. IRO [= International Refugee Organization; Unterorganisation der UNO]: Landesamtliche Listen von Juden. Auswanderung

Listen (vom Januar 1948 über den Stand der jüdischen Bevölkerung im Jahr 1938): Bastheim 17 Namen, Mellrichstadt 79; Oberwaldbehungen 3; Mittelstreu 6, Ostheim 2, Willmars 17, Nordheim 11

Bekämpfung von Mißständen im Auswanderungswesen (schwindelhafte Beratung durch private Agenturen) [Fehlanzeige vom LRA Mellrichstadt]

12.12.49: Beratender Ausschuß der IRO für Auswanderung von DPs; Ankündigung von Informationsveranstaltungen

[Gegenstand: Auswanderungsprobleme; Problem der vielen DPs auf deutschem Boden]

(Möglich auch n.1925 (1950/55: Wiedergutmachung Fabian Gensler, Fladungen; dazu LRA Mellrichstadt n.1633 in Bd. 1, S. 92: "Säuberung des Viehhandels" 1934/5)

3. Teil: Auswertung und Ergebnissicherung (2 Unterrichtsstunden)

1. Stunde: Es empfiehlt sich, bei der Ergebnissicherung zunächst eng an den Inhalt der bearbeiteten Akten anzuschließen, d.h. die als Hausaufgabe gestellten Zusammenfassungen (der zu Beginn der Archivarbeit ausgeteilten Leitfragen) vortragen zu lassen. Damit die Schüler das Gefühl haben, eine sinnvolle Arbeit geleistet zu haben, sollte möglichst jeder zu Wort kommen. Hier muß aber eine enge zeitliche Grenze gezogen werden, da erfahrungsgemäß auch ältere Schüler meist nicht in der Lage sind, sich auf das Wesentliche zu beschränken und mit einem zeitlichen Limit von wenigen Minuten auszukommen. Das aber ist bei größeren Klassen eine unabdingbare Voraussetzung. Für diesen Teil wird man also auch bei straffer Führung durch die Lehrkraft mindestens eine volle Unterrichtsstunde ansetzen müssen, vor allem dann, wenn bei dieser Gelegenheit auch noch sachliche Unklarheiten beseitigt werden müssen.

2. Stunde: Hier kann die Berichterstattung durch die Schüler zu Ende geführt werden; Hauptaufgabe des Kollegen ist es aber, in dieser Stunde durch gezielte Fragen zu den bearbeiteten Akten die notwendigerweise punktuellen Beobachtungen der Schüler zu strukturieren und in eine Tafelanschrift zu überführen. Die im vorstehenden Text in eckigen Klammern

aufgeführten Fragen, möglichen Antworten sowie zusätzlichen Informationen sollten hierbei hilfreich sein können.

Allgemeine Fragen, die von den Schülern bei der Ergebnissicherung zu beantworten sind, wären etwa: Welcher Art von Problemen sahen sich die Besatzungsmacht, welchen die neuen deutschen Zivilverwaltungen gegenüber? Wie wurden diese gelöst?

Möglich ist hier zunächst eine bloße Auflistung der in den Akten behandelten Probleme, die dann in gemeinsamer Arbeit nach Sachbetreffen (Deckung der Grundbedürfnisse [Nahrung, Kleidung, Wohnung], Aufbau der z.T. zerstörten Infrastruktur, Wiederaufbau von Verwaltungen, mehr oder weniger geglückte Abrechnung mit dem Nationalsozialismus, verschiedene Formen der "Wiedergutmachung") gegliedert werden, auch um Probleme erweitert werden können, die in den Akten nicht erscheinen.

Ob es sinnvoll ist, die Ergebnisse der Archivarbeit auch in einer Stegreifaufgabe zu überprüfen (anstatt die ganze Arbeit von dem sonst üblichen Notendruck freizuhalten oder z.B. die schriftliche Zusammenfassung der Archivarbeit zu benoten), muß jeder Kollege für sich entscheiden. Auf der einen Seite bekäme das ganze Unternehmen so doch wieder einen starken "schulischen" Anstrich, auf der anderen Seite ist es aber auch gut möglich, daß die Schüler - weil innerlich stärker beteiligt - hier im Schnitt bessere Ergebnisse als sonst erzielen. In jedem Fall ließe sich daran - zumindest vordergründig - absehen, ob die Arbeit im Archiv sich gelohnt hat oder nicht.

Unterrichtskurzsequenz für Jahrgangsstufe 12

a) Lehrplanbezogenheit

Die folgende Unterrichtssequenz bezieht sich auf den "Fachlehrplan für Geschichte" für die 12. Jahrgangsstufe (S. 406): "5. Deutschland unter dem Nationalsozialismus" und fällt damit in die Schlußphase des Schuljahres. Aus den zu bearbeitenden Akten (Gestapostelle Würzburg, Landratsamt [LRA] Mellrichstadt) gehen sowohl Ideologie ("Volksgemeinschaft", "Führerprinzip" etc.) wie auch Herrschaftstechniken des NS mit wünschenswerter Deutlichkeit hervor. Erkennbar wird aus den Akten auch die politische Gleichschaltung (hier als erpresserische Ausschaltung von Vertretern bürgerlicher Parteien aus dem politischen Leben nur wenige Monate nach der "Machtergreifung"), die (Selbst-)Auflösung auch von unpolitischen Vereinen sowie die mindestens verbale, wenn nicht im Laufe der Zeit sogar geistige Übernahme von NS-Schlagwörtern (da sich sowohl Verfolger als auch Verfolgte - diese natürlich, um sich zu schützen - der entsprechenden Terminologie bedienen. Insbesondere wird aus den Akten auch die Rassenpolitik bis Kriegsbeginn und darüber hinaus, ebenso die Aushöhlung des Rechtssystems deutlich, desgleichen der Dualismus Partei-Staat auch auf der unteren Verwaltungsebene (Kreisleitung der NSDAP Mellrichstadt-Neustadt und Landratsamt Mellrichstadt) sowie die daraus entstehenden Reibungsverluste.

b) Organisatorisches

Die vorliegende Unterrichtssequenz kann - vom Bezug auf den Lehrplan her vorgegeben - sinnvoll nur in den letzten Wochen des Schuljahres durchgeführt werden. Da in diese Zeit erfahrungsgemäß auch viele andere für die Schule wichtige Termine fallen, ist eine frühe Absprache mit allen direkt wie indirekt beteiligten Stellen und Kollegen unabdingbar. Zur

Durchführung des Projekts ist als erstes eine Kontaktaufnahme mit dem Staatsarchiv Würzburg (Dr. Schott) vonnöten, um Termine für den Besuch des Archivvertreters in der Schule sowie für den des Kurses im Archiv - die möglichst unmittelbar aufeinander folgen sollten - zu vereinbaren. Wenn diese Termine feststehen, muß umgehend der organisatorische Rahmen für eine reibungslose Durchführung geschaffen werden. Nur der Vollständigkeit halber sei hier angefügt, daß hierfür eine Anmeldung des Projekts bei der Schulleitung und rechtzeitige (!) Absprache mit den betroffenen Fachkollegen bzw. mit solchen Kollegen, die für die Informationsstunde an der heimischen Schule bzw. für den Archivbesuch Stunden zur Verfügung stellen müssen, erforderlich ist. Daneben müssen auch technische Details wie z.B. Auswahl und (rechtzeitige!) Bestellung des Beförderungsmittels für den Archivbesuch in Würzburg geklärt werden.

Um den Archivbesuch selbst von allgemeinen, aber für die Schüler in diesem Zusammenhang wichtigen Informationen zu entlasten, ist zu empfehlen, daß der erste Teil der Sequenz (1 Unterrichtsstunde) vom Ansprechpartner (Dr. Schott) gestaltet wird, jedoch nicht im Archiv, sondern in der Schule. Dies ist vor allem aus zwei Gründen sinnvoll:

1. werden die Schüler von einem neuen Gesicht mit einer für sie völlig neuen Materie, jedoch in vertrauter Umgebung bekanntgemacht;
2. und wichtigstens wird der eigentliche Archivbesuch dann von einer allgemeinen Information über Sinn und Zweck von Archiven entlastet, so daß nach einer kurzen Besichtigung wichtiger Räumlichkeiten des Archivs die gesamte restliche Zeit für die Arbeit an den Archivalien zu Verfügung steht.

Bei Schulen außerhalb Würzburgs lohnt sich das Kommen des Archivvertreters (der ja noch etwas anderes zu tun hat) aber nur, wenn er mindestens zwei Klassen oder Kurse, bei kleineren Schulen vielleicht sogar zwei Jahrgangsstufen (natürlich nicht gleichzeitig, sondern nacheinander) ihrem jeweiligen Alter entsprechend über Sinn, Charakter, Organisation etc. von Archiven informieren kann. Für diesen Zweck wäre eine entsprechend große Räumlichkeit bereitzustellen.

Die Archive haben ihrerseits ein großes Interesse daran, nicht nur potentiellen Benutzern, sondern der gesamten Öffentlichkeit darzustellen, daß es sinnvoll ist, Archive zu unterhalten. Dazu gehört auf einer ersten Stufe, Laien zu erklären, wofür Archive überhaupt da sind, denn darüber kursieren - nach freundlicher Auskunft von Dr. Schott - die merkwürdigsten Vorstellungen, die meist in Richtung Museum oder Bibliothek gehen. Ziel dieser Information von seiten des Archivs ist es vordringlich, die Wichtigkeit von Archiven als "Gedächtnis eines Volkes", wie es so schön heißt, und ihrer Arbeit vor Augen zu führen, und dies nicht - oder jedenfalls nicht nur - um ihre Position in Haushaltsdebatten zu verbessern.

Für den Besuch im Staatsarchiv muß von nichtwürzburgischen Gymnasien ein ganzer Vormittag eingeplant werden. Einen Teil davon nimmt die kürzere oder auch längere Anreise (von Mellrichstadt aus [und allem, was an der Strecke nach Würzburg liegt] sehr bequem und vergleichsweise preiswert [mit DB-Gruppenfahrchein] zu erreichen; danach etwa viertelstündiger Fußmarsch zur Residenz) in Anspruch. Der Archivbesuch beginnt in der Regel mit einer kurzen Begrüßung durch den Behördenleiter, gegenwärtig Ltd. Archivdirektor Dr. Werner Wagenhöfer. Die Schüler werden dabei mit der Tatsache bekanntgemacht, daß es sich beim Staatsarchiv Würzburg um eine hierarchisch gegliederte, staatliche Behörde handelt, an die von der Öffentlichkeit bestimmte Ansprüche gestellt werden. Anschließend führt der Ansprechpartner im Archiv, gegenwärtig Archivoberrat Dr. Herbert Schott, durch ausgewählte Räume des Archivs (Repertorienzimmer als Ausgangspunkt aller Forschungen, Vorraum des Benutzerraums [von dort

aus Blickmöglichkeit in den Benutzerraum (mit Plätzen für PC-Benutzer)], Teile des Magazins), begleitet von Erläuterungen zur jeweiligen Funktion. Der letzte vorzustellende Raum ist das Kartenzimmer im ersten Stock, neben dem sich ein Raum befindet, der provisorisch als Unterrichtsraum genutzt werden kann.

Hier beginnt die Arbeit des Fachkollegen. Es sind zweckmäßigerweise zwei Arbeitseinheiten von je anderthalb Stunden mit einer viertelstündigen Pause dazwischen einzuplanen. Von auswärts kommende Schüler werden dann eine nicht zu knapp bemessene Mittagspause (ggf. bis zur Heimfahrt) zu schätzen wissen. Nochmals im Archiv zu arbeiten, hat erfahrungsgemäß nicht viel Sinn. Die Schüler wären damit überfordert (aber hier mögen Ausnahmen, etwa ein kleiner, überdurchschnittlich motivierter Leistungskurs, die Regel bestätigen). Falls noch ausreichend Zeit bis zur Abfahrt bleibt, böte sich als Ausklang der Archivarbeit allenfalls die Besichtigung einer (aber bitte wirklich nur einer!) Würzburger Sehenswürdigkeit an.

c) Auswahl der Quellen (Allgemeines)

Hauptsächlich auf Grund der kriegsbedingten Verluste von Archivalien (Vernichtung des alten Würzburg durch die Luftangriffe vom 16. März 1945) ist die Quellenlage für die Sequenz "Deutschland unter dem Nationalsozialismus" für würzburgische bzw. nichtwürzburgische Gymnasien etwas unterschiedlich. Bekanntlich wurde ein großer Teil dessen, was von den in Würzburg beheimateten Dienststellen an Akten später normalerweise an das Staatsarchiv abgegeben worden wäre, infolge des Bombardements vom 16. März 1945 vernichtet. Daher sind nur wenige Akten des Landratsamts Würzburg aus dieser Zeit verfügbar.

Einen für Schulzwecke aber völlig ausreichenden Ersatz bietet bei dem zu behandelnden Thema der Bestand "Gestapostelle Würzburg", der inzwischen rund 25.000 Personalakten aus dem Bezirk Unterfranken - auch aus der Stadt Würzburg - umfaßt, so daß der Ansprechpartner im Archiv eine für jede Schülerzahl ausreichende Anzahl von Akten allein schon aus diesem Bestand für die Auswertung zur Verfügung stellen könnte. Er trägt bei dieser Gelegenheit auch dafür Sorge, daß die Bestimmungen des Bayerischen Archivgesetzes über den Datenschutz beachtet werden, so daß sich die jeweilige Lehrkraft mit diesem Problem nicht mehr auseinandersetzen muß.

Anders als bei den fast ausschließlich sachbezogenen Akten in der Sequenz für die 10. Jahrgangsstufe handelt es sich bei dem für die 12. Klasse zur Verfügung stehenden Aktenmaterial ausschließlich um personenbezogene Akten, die vom Umfang her so ausgewählt werden können, daß ein Schüler jeweils einen Akt bearbeiten kann.

Ein Großteil der ursprünglich vorhandenen Gestapo-Akten wurde gegen Ende des Krieges zwar (man darf annehmen, von der Gestapo selbst) systematisch (nämlich beim Buchstaben A beginnend [bis G]) vernichtet, doch wird dies bei der Fülle des immer noch zur Verfügung stehenden Materials für die Erreichung des Unterrichtsziels normalerweise keine Rolle spielen. Für alle anderen (alten) Landkreise des Bezirks Unterfranken können außer den Gestapoakten auch die Abgaben der jeweiligen (alten) Landratsämter genutzt werden, für die es eine eigene Abteilung bei den Findbüchern (im Repertorienraum) gibt. Allerdings sind diese Abgaben nicht in allen Fällen gleich ausführlich aufgeschlüsselt, so daß die Lehrkraft sich vorher selbst im Archiv wenigstens cursorisch über den Inhalt der einzelnen Akten informieren sollte.

Zur Zeit werden die Abgaben der einzelnen Landratsämter archivseits (Hr. Loserth) nach dem Einheitsaktenplan (EAPI) neu verzeichnet, doch steckt diese Arbeit noch in den Anfängen.

Ausgedruckt (aber noch nicht gebunden) sind bisher erst der alte Lk. Königshofen/Gr. (Landgericht und Bezirksamt) und Hofheim (für die Jahre 1900-1972) (jeweils mit Orts- und Personenregistern); bearbeitet, aber noch nicht ausgedruckt sind die Abgaben der alten Landkreise Ebern und Haßfurt.

Weitere einschlägige Akten - jedoch nur für bestimmte, im folgenden aufgeführten Orte und Landkreise finden sich im Repertorium 0.1.3 über die Sammlung Schumacher. Diese enthält zahlreiche Akten zu den Jahren 1933-45 aus den unterfränkischen (alten) Landkreisen, darunter besonders viel Material aus den Landkreisen Bad Kissingen, Marktheidenfeld und Ochsenfurt. Als kleine Hilfe für die betroffenen unterfränkischen Kollegen folgt hier eine kurze Inhaltsangabe (der Umfang des Materials geht aus den Seitenzahlen näherungsweise hervor):

S. 2 f. Alzenau

S. 5 Stadt Aschaffenburg (Einsatzmappe für den Fall innerer Unruhen; Einsatzpläne für Industriebetriebe; 44 Produkte)

S. 7-96 Lk. Bad Kissingen (zahlreiche für die Bearbeitung durch Schüler geeignete Archivalien)

S. 97-104 Lk. Bad Neustadt/S.

S. 105: nur Kleinlangheim und Münsterschwarzach (Lk. Kitzingen) betr. Akten

S. 106 f.: Lk. Lohr

S. 108-136 Lk. Marktheidenfeld

S. 137 Lk. Miltenberg Erteilung von Privatmusikunterricht durch Geistliche und Ordensangehörige 1941-42

S. 138-203: Lk. Ochsenfurt

S. 204 f. nur Gendarmeriestation Obereuerheim (Lk. Schweinfurt)

Ab S. 211 ist das Material nicht mehr nach den obengenannten Orten/Landkreisen, sondern nach Sachbetreffen gegliedert:

S. 211-223: Maßnahmen gegen christliche Konfessionen und Geistliche

S. 224-227: Staatspolizeiliche Überwachung von Sekten u.ä. Vereinigungen

S. 228 f. Maßnahmen gegen Juden

S. 230-233: "Kommunistische Umtriebe und Maßnahmen gegen staatsfeindliche Organisationen"

S. 234 f. "Rotspanienkämpfer" [d.h. ehemalige Angehörige der "Internationalen Brigade" (meist nur Aufenthaltsermittlungen) 1938-41

S. 239: Erfassung von Rückwanderern (meist aus der UdSSR)

S. 241-250: Vernehmungprotokolle im Zusammenhang mit Verstößen u.a. gegen das sog. Heimtückegesetz [vom 20.12.34]

S. 251-261: Sammelrundschriften: Allgemeine polizeiliche Anordnungen und Anweisungen

S. 262-283: Aufenthaltsermittlungs-, Überwachungs- und Festnahmeersuchen seitens der Gestapo (1936-43)

d) Durchführung des Projekts

Eine kurze Vorbesprechung des Projekts mit den Schülern kann und sollte im Rahmen einer ganz normalen Unterrichtsstunde im Anschluß an die vom Lehrplan (S. 405 f.) geforderte Behandlung totalitärer und autoritärer Systeme in Europa und anknüpfend an die Entwicklung Deutschlands zur Diktatur stattfinden. Das Projekt selbst betreffend müssen mit den Schülern zunächst nur dessen Ablauf und die organisatorischen Einzelheiten besprochen werden. Man sollte aber unbedingt schon bei der ersten Erwähnung des Projekts eine Antwort auf die unweigerlich

kommende Frage parat haben, ob die im Rahmen des Archivbesuchs zu erbringende(n) Leistung(en) - und wenn ja in welcher

Form bzw. mit welcher Gewichtung - in die Geschichtsnote einfließt/einfließen. Immerhin kann die Aussicht auf "Belohnung" durch eine gute Note bei vielen Schülern erfahrungsgemäß zusätzliche - gelegentlich ungeahnte - Energien freisetzen.

Daß die im Zusammenhang mit dem Projekt erbrachten Leistungen nur dann benotet werden sollten, wenn eine echte Einzelleistung dahintersteht, bedarf wohl keiner besonderen Begründung. Da jeder Schüler im Regelfall auch eine Akte bekommt, sollte dies keine Schwierigkeiten machen. Weniger ratsam - weil kaum objektiv zu beurteilen - erscheint mir eine Benotung im Rahmen von "Gruppenleistungen", weil erfahrungsgemäß in Gruppen meist nur ein oder zwei Schüler die Arbeit machen und der Rest sich darauf beschränkt, mehr oder wenig gute Ratschläge zu geben oder gleich Däumchen zu drehen.

1. Teil: Die Vorinformation (1 Unterrichtsstunde)

Dieser Teil der Sequenz sollte unbedingt in der jeweiligen Schule, jedoch nicht vom Kursleiter, sondern von dem Ansprechpartner im Staatsarchiv Würzburg, gegenwärtig Archivoberrat Dr. Herbert Schott, Sachbearbeiter für das Ressort Zeitgeschichte gestaltet werden (zu den Gründen s.o.).

Der Vertreter des Archivs erfragt zunächst verschiedene Meinungen dazu, was ein Archiv sei und geht auf die verschiedenen Antworten ein, die in der Mehrzahl der Fälle eher "schief" oder falsch sein dürften; dann informiert er über das Wesen von Archiven allgemein und über das Staatsarchiv Würzburg im besonderen, vor allem aber (wenn auch nur in groben Zügen) über Umfang, Herkunft und Wachsen seiner Bestände. Er erklärt den Begriff der Archivwürdigkeit (und nimmt nebenbei den Schülern die Illusion, man könne bei der ungeheuren Fülle des abgegebenen Materials das Archivieren durch Scannen erleichtern oder gar ersetzen); er erklärt den Unterschied zwischen Urkunden, Büchern und Akten und ordnet diese grob den entsprechenden Perioden (Mittelalter, Neuzeit bzw. Neuzeit und Zeitgeschichte) zu (ggfs. auch kurze Information über das Berufsbild des Archivars).

Zur Illustration des Gesagten zeigt er, soweit die Zeit dies zuläßt, aus dem Fundus des Staatsarchivs Würzburg eine je nach Zeit (und auch nach der Menge des Materials, das für den jeweiligen Schulort in Frage kommt) zu variierende Menge an Dias der im Staatsarchiv lagernden Archivalien aus verschiedenen Epochen (von der Schenkung des fiscus Hammelburg durch Karl den Großen 777 über die "Güldene Freiheit" von

1168 und ein Erbhuldigungsbuch des 16. Jahrhunderts bis zu einer mit Schreibmaschine erstellten Deportationsliste unterfränkischer Juden von 1942), anhand derer die Vielfalt der in den verschiedenen Epochen verwendeten Schriften wie auch die Vielfalt des schriftlichen Archivgutes deutlich wird.

2. Teil: Das Archiv als Lernort (ein Vormittag)

Begrüßung durch den Behördenleiter; Kurzbesichtigung (ca. eine halbe Stunde) wichtiger Räume des Archivs unter Leitung des Ansprechpartners im Archiv; danach Unterricht im provisorischen Übungsraum neben dem Kartenzimmer

a) Austeilen der DIN-A4-Blätter mit den Leitfragen, die zunächst kurz zu besprechen und zu erläutern sind. Der hier vorgeschlagene Fragenkanon ist selbstverständlich frei variierbar; man kann besonders bei den äußeren Merkmalen Fragen einfach weglassen (bzw. streichen lassen), vor allem dann, wenn die Zeit etwas drängt, damit die Schüler sich nicht in Äußerlichkeiten verbeißen und so zuviel Zeit draufzugehen droht. Andererseits - und das sollte nicht unterschätzt werden - besteht hier eine Möglichkeit für weniger erfolgsgewohnte Schüler, mit relativ geringem Aufwand (durch bloßes Anschauen und Beschreiben) ein erstes Erfolgserlebnis zu erzielen, das Barrieren gegenüber den Archivalien und gegenüber der neuen Unterrichtsform abbaut und dadurch stärker für die folgende inhaltliche Arbeit motiviert.

Wichtig sind an dieser Stelle aber vor allem Hinweise, wie die schriftliche Ergebnissicherung aussehen soll. Es ist auch darauf hinzuweisen, daß - wie im Benutzerraum - nur (!) mit Bleistift geschrieben werden darf, damit die Akten nicht u.U. Schaden nehmen. Am effektivsten ist es, wenn sich die Schüler auf dem DIN-A4-Blatt mit den Leitfragen - auf dem zu diesem Zweck jeweils genügend Raum gelassen werden muß - Notizen zur Beantwortung der einzelnen Fragen machen. Deren Aufarbeitung und Zusammenfassung (etwa in der Art eines Ergebnisprotokolls) sollte - der Straffung und damit der größeren Effizienz der Schlußbesprechung wegen - als Hausaufgabe für die nächste Geschichtsstunde gestellt werden. Erst nach dieser Vorinformation sollten die Akten - bei umfangreicheren Akten an mehrere Schüler jeweils ein Teil davon - ausgeteilt werden.

Mögliche Leitfragen zur Bearbeitung der im StaatsA Würzburg vorgelegten Akten zum Thema "Deutschland unter dem Nationalsozialismus"; hier alter Lk. Mellrichstadt:

1. Äußere Merkmale: Wie wird der Akt verwahrt, wie sieht er von außen aus (Farbe, Material des Deckels) ? Welche Vermerke auf dem Deckel sind zeitgenössisch, welche stammen von der Archivverwaltung? Wieviel Blätter enthält der Akt? Welche Art von Dokumenten (Briefe, Gutachten, Zeugnisse, Protokolle etc.) enthält er und wieviel? Was sagen sie über den damaligen Stand der Bürotechnik und den damit verbundenen Arbeitsaufwand aus ? (hier liegt ein Vergleich mit heutiger Bürotechnik nahe, ein guter Sprechsanlaß für Computerfreunde, die mit dem Fach Geschichte sonst nicht viel anfangen können)

2. Inhaltliche Kriterien: Wann wurde der Akt angelegt? Welche Person(en) ist/sind Gegenstand des Aktes? Wer sind die Absender, wer die Empfänger von Schreiben? Wann wurden diese abgefaßt? Wie ist ihr jeweiliger Ton [sachlich, emotional, unterwürfig usw.] und worauf läßt dieser schließen? Wie lange zog sich das Verfahren hin? Wann und in welcher Form wurde es abgeschlossen? Mit welcher/welchem Ihnen aus dem Unterricht bekannten Entwicklung/Sachverhalt hat der Akt zu tun?

Für eine Behandlung des Themas "Deutschland unter dem Nationalsozialismus" (hier alter Lk. Mellrichstadt) innerhalb des Projekts "Schule und Archiv" wurden für die 12. Jahrgangsstufe des Martin-Pollich-Gymnasiums Mellrichstadt sechs Akten aus dem Bestand "Akten der Gestapo,

Staatspolizei-Stelle Würzburg" sowie 23 Akten aus dem Bestand "LRA Mellrichstadt " (StaatsA Würzburg, Rep. 0.2.0.17, 2 Bde.) ausgewählt. In beiden Fällen handelt es sich um personenbezogene Akten meist geringeren Umfangs, deren Inhalt im folgenden der Reihe nach jeweils kurz angegeben und wo nötig kommentiert wird, damit interessierte Kollegen eine ihnen persönlich zusagende Auswahl treffen können. Außerdem werden [in eckigen Klammern] mögliche Fragen bzw. Aufgaben zum jeweiligen Problem gestellt und der Zusammenhang mit den Vorgaben des Lehrplans genannt:

Staatsarchiv Würzburg, Bestand: Akten der Gestapo, Staatspolizei-Stelle Würzburg (meist zitiert als: "Gestapostelle Würzburg")

1. n.1129: Herbert, Hedwig geb. Eichhorn (8 Bll.); 1942-43; verdächtigt des Verkehrs mit einem bei ihr als Aushilfe beschäftigten belgischen Kriegsgefangenen (weil ihr Mann als Soldat in Rußland ist)

Anzeigerstatter: NS-Gemeindeschwester Gustl Vocken (Fürsorgerin mit politischen [Spitzel-]Aufgaben); zeigt die Beschuldigte [offenbar beim Gendarmerieposten Mellrichstadt; s. Schreiben 23.12.42] an; daraufhin wird Ingebrand, Oberbereichsleiter [Kreisleiter für die beiden alten Landkreise Neustadt/S. und Mellrichstadt] der NSDAP durch Anzeige beim Landrat des Landkreises Mellrichstadt Unger tätig, der die Anzeige in Abschrift an die Gestapostelle Würzburg weiterleitet und berichtet, daß er die Anzeige dem Oberstaatsanwalt für den Landgerichtsbezirk Schweinfurt vorgelegt habe; Protokoll der Vernehmung der Beschuldigten, des Sondheimer Bürgermeisters (als Zeuge), des Kriegsgefangenen Julien Chaineux, der im Beisein eines Dolmetschers vernommen wird; des Zeugen H. Recknagel [früher für kurze Zeit NS-Bürgermeister von Mellrichstadt]); 17.4.43 "Ersuchschreiben" der Gestapo an Oberstaatsanwalt in Schweinfurt um Mitteilung über den Ausgang des Strafverfahrens; Strafbefehl beantragt beim Amtsgericht Mellrichstadt; Amtsgericht Mellrichstadt vom 5.3.43: RM 150,- Geldstrafe, ersatzweise 30 T. Gefängnis [Gegenstand: materielle und menschliche Probleme infolge des Krieges; Behandlung von (westlichen) Kriegsgefangenen; erkannt werden sollen unterschiedliche Aussagen bzw. Haltungen der Umwelt zu den erhobenen Anschuldigungen]

2. n.3494: Keller, Werner, Pfarrer in Mühlfeld (umfangreicher Akt! dabei aber viele Kopien; reicht von 1938 bis 1943). Als Vikar von Herrsching [Ammersee; Obb.] nach Mühlfeld versetzt [aufschlußreich für die Politik der Kirchenbehörden, politisch auffällig gewordene Pfarrer "aus der Schußlinie" zu nehmen und in andere Regierungsbezirke zu versetzen]; aber: Mitteilung der Gendarmerie-Station Herrsching an das Bezirksamt Starnberg; von dort an das Bezirksamt Mellrichstadt; von dort an die Gestapostelle Würzburg). Zunächst einziger konkreter Vorwurf: den "deutschen Gruß" nicht bzw. "mangelhaft" erwidert [Anzeigerstatter: ein Lehrer der Schule, an der K. als Religionslehrer tätig war; in diesem Zusammenhang könnte exemplarisch die überaus häufige Frontstellung Lehrer-Pfarrer erörtert werden].

Vernehmung am 4.8.39 wegen Verkündigung am 29.5.39 (Pfingstmontag): Kirchenausschluß der Eheleute Müller wegen "Eheweih" in Mühlfeld

[Versuch der Nazis, den Einfluß der Kirchen auf die Bevölkerung auszuschalten; hier: die kirchliche Trauung zu ersetzen; mögliche Parallele: Jugendweihe statt Konfirmation in der DDR; generell: Versuche von totalitären Systemen, die den ganzen Menschen für sich beanspruchen, nichtstaatliche Institutionen und die von diesen beeinflussten Gebräuche auszuschalten].
Der Bürgermeister von Mühlfeld hält sich als Zeuge heraus. Seine Ehefrau, die seiner Aussage nach in der Kirche war (!), bestreitet, dort gewesen zu sein; will dies von ihrer Tochter (18 J.) erfahren haben, die in der Kirche war; diese bestätigt den Sachverhalt. - Der Pfarrer gibt an, seit 5.11.33 der SA-Gruppe Franken als SA-Anwärter anzugehören (!); seiner Aussage nach gehörten Vater und Onkel der Braut "zu den eifrigsten Verfechtern der SPD" (!); zieht Parallelen zur "kommunistischen Gottlosen-Propaganda"; macht sich dabei auch die zwiespältige Haltung höherer Parteiführer (Göring kirchlich getraut, Kind getauft) zunutze; bemüht Bismarck und Hindenburg als Kronzeugen dafür, daß "zur Staatstreue bewußter Christenglaube gehört".
[Gegenstand: Taktik von Gegnern des Naziregimes, dessen erklärten Antibolschewismus für eigene Zwecke zu instrumentalisieren]

Beschluß des Kirchenvorstands vom 1.6.39 über den Ausschluß des Paares. 3 Unterschriften; 2 Vorstandsmitglied fehlten [warum wohl?]. Anklage auf Grund des - sehr häufig zur Begründung von Terrorurteilen herangezogenen - sog. "Heimtückegesetzes".

Reisekostenabrechnung für die vernehmenden Gestapobeamten:

1 Tagegeld für 1 Beamten RM 5,50
1 Tagegeld für 1 Beamten RM 4,50
1 Tagegeld für 1 Kraftfahrer RM 4,50
Fahrtkosten 237 km x 13 Pfg = RM 30,81
[Gegenstand: Der Terror und seine Bürokratie]

Verfahren wurde auf Grund des "Gnadenerlasses des Führers" vom 9. September 1939 [Warum? Kriegsbeginn 1.9.!!] eingestellt.

15.1.40: Aktenvormerkung wegen Mitgliederwerbung des Pfarrers für die (evangelische) Neuendettelsauer [äußere] Mission; ihr (Nazi-)Verfasser rügt die mangelnde Opferbereitschaft der Mühlfelder Bevölkerung gegenüber dem WHW [Winterhilfswerk]; ebenfalls zunächst auf Grund des Gnadenerlasses des "Führers" vom 9. September 1939 eingestellt, am 17.7. 40 aber trotzdem zu einer Geldstrafe von RM 50,- verurteilt; RM 112,55 [Spendengelder!] wurden eingezogen.

3.1.40: Pfarrer verweigert [Bäckermeister] Hugo Karl Krauß aus Mühlfeld die für dessen Musterung erforderliche Geburtsurkunde; vertröstet auf die Beantwortung einer Anfrage

an die Kirchenleitung, ob Pfarrämter verpflichtet sind, ausgetretenen Mitgliedern Auszüge aus Matrikeln zu machen [Brief an Krauß war nicht frankiert (!), daher Nachgebühr; deutlicher Affront];

Ev. Dekanat Rothausen/Gr. teilte mit, Pfarrer muß nur ab 1876 rückwärts Geburtsurkunden ausstellen. Dennoch muß Pfarrer die Urkunde ausfertigen und wird vom Landrat "belehrt" und verwarnt.

Pfarrer erstattet Anzeige, weil während des Abendgottesdienstes eine Fensterscheibe eingeworfen wurde; beklagt gleichzeitig die sittliche Verwahrlosung der Jugend in M.; seine Klagen werden von der Gendarmerie in Mellrichstadt voll und ganz bestätigt (!).

20.10.42 Vernehmungsprotokoll, aus dem hervorgeht, daß der Pfarrer bei der Kirchenleitung um Erlaubnis gebeten hat, sich als Kriegsfreiwilliger melden zu dürfen. Wurde Ende Okt./Anf Nov eingezogen; damit ist der Fall erledigt.

[im Akt keine weiteren Nachrichten, daher Aufforderungscharakter, weitere Schicksale des Pfarrers und seiner Familie zu erkunden; laut Auskunft des jetzigen Mühlfelder Pfarrers Jahreiß (nach der Mühlfelder Pfarrchronik) geriet Pfarrer Keller 1944 in russische Kriegsgefangenschaft, wurde 1947 entlassen und bewarb sich noch in demselben Jahr mit Erfolg um die Stelle eines Religionslehrers im hessischen Friedberg].

[Gegenstand: kirchlicher (hier protestantischer) Widerstand im alten Lk. Mellrichstadt; für Schüler erstaunlich die Meldung zum Kriegsdienst, aber verständlich, wenn man bedenkt, daß paradoxerweise nur dort eine relative Freiheit zu haben war]

3. n.8328: Mußliner, Alfred; nur 6 Bll.; aus einem offenbar eher losen Kontakt zu kommunistischen Kreisen wird durch Denunzianten und Wichtigtuer "Vorbereitung zum Hochverrat"; typisches Schicksal: frühe "Schutzhaft" (März bis Mai 33, dann 21.6.33 Ausstellung eines Reisepasses (ins Elsaß); 1935 (ohne Aufklärung über Wann und Wie wird ein Aufenthalt in Rio de Janeiro aktenkundig; beantragte Heimatschein (!), der aber auf Ersuchen der Gestapo (!) versagt wurde; am 22.7.36 wurde ihm wegen staatsfeindlichen Verhaltens die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt.

12. Mai 43 (!): wegen möglicher (!) Agententätigkeit des noch im Ausland befindlichen M. Schreiben der Gestapo an Landrat, Personalien und politische Einstellung der Angehörigen vertraulich festzustellen und diese durch "zuverlässige" Nachbarn überwachen zu lassen. Eltern: Jakob Mussliner und Clementine, geb. Prager [Jüdin], am 16.4.40 abgemeldet nach USA (NY)

[Gegenstand: zwangsweise Ausbürgerung von angeblichen oder tatsächlichen politischen Gegnern; typisch dafür, wie Denunzianten, aber auch die eingeschalteten Behörden aus einer Maus einen Elefanten machen, sowie dafür, wie die Mechanismen der Bespitzelung funktionieren]

4. n.8635: Neustädter, Gustav Israel; jüdischer Religionslehrer und Kultusbeamter [Kantor]; umfangreicher Akt; dabei auch Zeugnisse u.a. Urkunden) ("Sonderakt: Schutzhaft"); Wohnung: Bad Kissingen, Maxstr. 10; von 1914-18 Frontkämpfer und nach eigenem Bekunden BVP-Wähler; Polizeihaftantrag und Einlieferung am 12.11.38 [also im Anschluß an die berüchtigte Reichspogromnacht] wegen (nirgends näher erläuterten) "staatsabträglichen Verhaltens"; "Reichsangehöriger" [der Terminus selbst ist schon Diskriminierung; Unterscheidung zwischen Deutschen und deutschen Juden auf Grund des Reichsbürgergesetzes]; Inhaber des Frontkämpferabzeichens (Ehrenkreuz für Frontkämpfer, gestiftet von RP Paul v. Hindenburg am 13.7.34, an Neustädter verliehen durch den "Führer" (!) am 1.11.34.; auch Träger des "Abzeichens für Verwundete" 1918 (ohne Tagesdatum).

Vernehmung am 14.11. 38; weiß nicht, warum er in "Schutzhaft" genommen wurde [deutlich als Willkürmaßnahme im Gefolge des Pogroms zu erkennen]; entlassen erst einen Monat später (am 13.12. 38).

31.8.41: Antrag N.s an Gestapo für Reisegenehmigung nach Mellrichstadt; von der dortigen Israelitischen Kultusgemeinde ersucht, an den hohen Feiertagen (in diesem Jahr am 22. und 23.9 und 1.10.) als Vorbeter zu fungieren.

30.11. 38 Bitte um Entlassung aus Haft (als Frontkämpfer; bezieht sich dabei auf RGBl.)

8.12. 38 erneute Bitte um Entlassung, um persönlich beim Dominikanischen Konsulat (in Köln: Bescheinigung des Konsulats) vorsprechen zu können; am 14.(?) 12. 38 entlassen.

Wartezeitbenachrichtigung durch das US-Konsulat in Stuttgart vom 17. Dez 1938: Wartenummer 34541 (Einreise möglich Juli 1944/1945 [!])

[Gegenstand: Gründe für das Verweilen von Juden in Deutschland: vermeintlicher Schutz durch Teilnahme am 1. WK; Verantwortung für das religiöse Leben der Restgemeinde(n); aber auch restriktive Einwanderungspolitik der USA, die für viele - nicht nur deutsche - Juden den Tod bedeutete; aufschlußreich auch für die Ausreisebürokratie]

Auf Grund eines "Schnellbriefes" des RSHA vom 31.1.42 [hier ist auf den Termin einzugehen; offensichtlicher Zusammenhang mit der berüchtigten "Wannsee-Konferenz" vom 20. Januar 1942] mit einem Großteil der unterfränkischen Juden am 25. April 1942 über Lublin nach Krasnystaw [55 km sö. von Lublin] "evakuiert"; auch Frau Jette und Sohn Ernst wurden deportiert.

[das bedeutete bei Arbeitsfähigkeit Arbeitslager, später Tod infolge von harter Arbeit und Unterernährung (und Krankheit) bzw. Tod durch Erschießung oder Vergasung (in Belzec, Majdanek [OT Lublin] oder Sobibor)]

5. n.9173: Ottensoser, Nathaniel Israel ("Schutzhaft") Kaufmann (Schuhgeschäft); Freilassung wegen Arisierungsverhandlungen; blieb aber (als Vorsteher der jüdischen Restgemeinde) in Mellrichstadt; am 25. April 1942 nach Lublin/Izbica deportiert, ebenso Frau Recha und Tochter Suse

[Gegenstand: Gründe für das Verweilen von Juden in Deutschland: Verantwortung für das religiöse Leben der Mellrichstadter Restgemeinde]

6. 10038: Reich, Adolf Israel, Landwirt (nur 5 Bll., darin aber Zurückweisung von Anklagen gegen zwei Frauen (Friedmann und Gutmann gegen Bink und Schnurrer) durch OLG Bamberg berichtet; Reich hat sich geäußert: "Wer auf Adolf Hitler schwört, hat nichts, was ihm selbst gehört." = staatsfeindliche Äußerungen

Anzeigeerstatte: Gestapo Würzburg [Denunziant bleibt im Dunkel]

Urteil vom 13.6. 39: Vergehen gegen Heimtücke-gesetz: 4 Monate Gefängnis (verbüßt durch erlittene U-Haft).

Am 25. April 1942 nach Izbica, ebenso Frau Selma.

Staatsarchiv Würzburg, Bestand: Landratsamt Mellrichstadt

7. n. 1765: Auswanderung Rothschild, Willi Israel, Jette Sara und Siegfried Israel 1939-40; 37 Bll.; 1.12.38 Antrag auf Ausstellung von Reisepässen; 13.7.39 Antrag auf Reisepaß wegen Auswanderung nach England; sind deutsche Staatsangehörige [nicht Reichsbürger!]; Oberfinanzpräsident Würzburg - Devisenstelle - stimmt nicht zu (wegen Grundsteuerschuld für 1939 von RM 77,60 [!]); am 2.12.38 über die Schweiz [sowie Holland und die Dominikanische Republik] nach Nordamerika

Schreiben vom 12.12.38: befand sich seit 17.11.38 im KZ Buchenwald [offenbar ebenfalls im Gefolge der berüchtigten Reichspogromnacht]; Strafverfahren wegen Heimtücke-gesetz beim Sondergericht in Bamberg anhängig; erst danach dürfe er auswandern.

Stellungnahme der Gauleitung/Kreisleitung: Unter Voraussetzung der Arisierung des Anwesens keine Bedenken gegen Auswanderung.

Am 8.5.39 zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt; am 17.5.41 endgültige Paßfreigabe, am 22.5. 41 abgemeldet; am 10.6.41 Lissabon mit einem Auswanderertransport verlassen.

[Gegenstand: Beispiel für ein geglücktes spätes, fast schon zu spätes Auswanderungsverfahren, das für die Schüler eine Art psychische Entlastung für die in den Gestapoakten berichteten Deportationen bringen kann]

8. n.1764: Fürsorge für Heinrich Kropf (über 30 Bll.); 17.10. 39 Schreiben der Verwaltung des [heute noch existierenden] "Heimathofes" Simonshof (für Nichtseßhafte) an Landrat: Erneuerung des politischen Arbeitsauftrages; Einschaffung in das Arbeitshaus Rebdorf (Ergänzung: "nun in Vorbeugungshaft").

Einweisung ins Arbeitshaus Rebdorf, dann aber politische "Vorbeugungshaft"; am 26.6.41 ins KZ Flossenbürg/Opf. überstellt

[Gegenstand: Umgang mit sog. "arbeits-scheuen Elementen", Nichtseßhaften ("Asozialen")]

9. n.1766: Götz, Simon; umfangreicher Akt (31 Bll. + 12 Bll. Beiakten); kein "Kriegsgerichtsverfahren"; diese Bezeichnung im Findbuch ist völlig falsch; es handelt sich um einen Streit des Landrats (Unger) mit dem Ogfr. Simon Götz, [stationiert in Bemerode, Flakartillerie, zeitweise versetzt zum Fliegerkorps Apeldoorn] wegen "Beorderung" [d.h. Einzug für kriegswichtige Zwecke] eines Kraftwagens 1942-44.

30.10.42 Beschwerde des Landrats Unger, der den (stillgelegten) Wagen des Götz (Neuwert: RM 2181, 7000 km gelaufen; geschätzt auf 1800,- zzgl. 10 % bei "Beorderung") einziehen will; der möchte angeblich Sachwerte (Äcker, Gärten) als Gegenleistung, statt wie vom Landrat gewünscht "nach siegreicher Beendigung des Krieges durch Bargeld"; Götz bestreitet dies aber in seiner Vernehmung zur Sache [aus naheliegenden Gründen; Äußerung von Zweifeln am "Endsieg" hätten ihn den Kopf kosten können]; der Landrat stellt Strafantrag wegen übler Nachrede; Ordnungsstrafe (politische Strafverfügung) von RM 150,- gegen Ehefrau Delphine wegen Übertretung des Reichsleistungsgesetzes [in dem die "Beorderung" geregelt ist]

11.10.43: Landrat zieht auf "Anregung" der vorgesetzten Dienststelle des Götz (dabei Schreiben der Kompanie an das Luftnachrichten-Regiment 204) den Strafantrag zurück, aber ein Erlaß des Strafgeldes ist angeblich unmöglich, "weil das Verhalten der Ehefrau des Götz dies nicht zuläßt." Fortwährende Rängelei, zum Schluß nur noch um das Ordnungsgeld, das nach Rückkehr des Götz aus der Gefangenschaft und persönlicher Vorsprache beim neuen Landrat am 18.10.45 erlassen wurde.

Beiakten: alles, was in diesem Vorgang die Frau des Götz betrifft.

(Wurde bei der Spruchkammerverhandlung des Theo Bauer vorgelegt, Rücksendung am 1.3.47)

[Gegenstand: Heranziehung privaten Eigentums für kriegswichtige Zwecke, jedoch gegen relativ großzügige Entschädigung (10%iger Bonus), um Unruhe und Unzufriedenheit an der sog. "Heimatfront" zu vermeiden; Einfluß der "kämpfenden Truppe" auf zivile Verfahren]

10. n.1767: Will, Oskar (ca. 30 Bll.) 1935 Mellrichstadt

Will kam 1933 als Kandidat der BVP bei Bürgermeisterwahl wegen einer Listenverbindung DNVP-NSDAP mit 1 Stimme Unterschied nicht zum Zuge; hier: Streit um das neu zu besetzende Amt eines Kreisjägersmeisters (der Kandidat und Pg (!) Direktor Göbel vom Überlandwerk Rhön war nach Ansicht von Will kein zünftiger Waidmann; aber auch andere Betreffende); W. wurde verwarnet. [Gegenstand: Risiko von Bürgerlichen, sich (auch bei sachgerechter Argumentation) gegen die Eignung von Parteigenossen für öffentliche Ämter auszusprechen]

11. n.1768: Hofmann, Richard, Fladungen 1938 (ü 30 Bll.) politischer Arbeitsauftrag (dabei auch Stücke, Willi Brauhardt betr., den Hofmann zum Betteln angeleitet haben soll).

6.1.39 Finanzamt Bad Neustadt kündigt Überwachungsmaßnahmen an, damit die Kinderreichenbeihilfe ordnungsgemäß verwendet wird; ansonsten Sperrung.
[Gegenstand: Staatliche Fürsorge bei (von der NS-"Volk-ohne-Raum"-Ideologie befürwortetem) Kinderreichtum, aber auch Umgang mit angeblich "arbeitsscheuen Elementen"]

12. n.1769: Abdankung des Bürgermeisters Goldbach, Fladungen 1941 (19 Bll.), von NSDAP-Kreisleiter Ingebrand [Prokurist bei den Neustadter Preh-Werken] erzwungen (droht mit Parteigericht), weil dieser Kriegsgefangene an einem Feiertag (Christi Himmelfahrt) nicht arbeiten ließ

7.6.41 Kreisleiter Ingebrand an LRA Mellrichstadt: G. sei zu ersetzen durch den Pg. Gottfried Hahn, der zu diesem Zweck uk. gestellt werden müßte

[Gegenstand: Ausschaltung eines mißliebigen (weil im Verdacht, christlich/menschlich zu denken stehenden) Parteigenossen]

13. n.1770: Dietz, Paul, Mellrichstadt; Einweisung des P. D. in die Arbeitsanstalt des Lagers Dachau 1935 (19 Bll.)

f.1: Schreiben vom 20.2.35; Absender: Stadtrat (!) Mellrichstadt (gez. H. Recknagel [Bürgermeister]) an das Bezirksamt Mellrichstadt; von dort Anfrage an Landesfürsorgeverband, ob Kosten für Unterbringung übernommen werden.

Haftfähigkeitsbescheinigung durch Bezirksarzt Dr. Hörmann bei Zuweisung leichter (!) Arbeit (mußte nach Aussage der Ehefrau [s.u.] in Mellrichstadt zur Winterzeit im Freien (!) Kalksteinschotter schlagen).

nach f.5: Beschluß des Bezirksamt Mellrichstadt vom 5.3.35 über Unterbringung im KZ Dachau; Zweck: Gewöhnung an "ordentliche Arbeit", an "Ordnung, Zucht und geregelte Tätigkeit" (vorher "nach Zigeunerart umherziehend"; tauschte Lumpen, Knochen, Alteisen etc. gegen Haushaltsgegenstände, geringwertige Spielwaren etc.); Gewerbeschein wurde verweigert; angeblich u.a. wegen wiederholter schwerer Körperverletzung vorbestraft; aber: 40% erwerbsbeschränkt; hier wird wahrheitswidrig behauptet, dem P. D. könnten laut Gutachten des Bezirksarztes (s.o.) "mittlere Arbeiten" zugewiesen werden.

Gesuch der Frau Magdalene Dietz an das Bezirksamt um vorzeitige Entlassung: abgelehnt.

Handschriftliches Gesuch an Ritter v. Epp, Reichsstatthalter in Bayern, eingegangen 26.6.35;

darauf Schreiben des Landrats an Verwaltung des KZ wegen Führung der beiden Dietz (Lagerkommandant ein SS-Oberführer H. Heubel). Beide Gutachten eingegangen 26.7.35:

a) [auf Anfrageblatt des Bezirksamts Mellrichstadt]: F. D. Gut geführt, schlechte Arbeitsleistung, Verlängerung der KZ-Haft um 3 Monate

b) [separate Versendung!] P. D. sehr schlecht geführt (!), Arbeitsleistung "nur genügend".

Dennoch am 16.9.35 nach 6 Monaten Haft entlassen. - Attest Dr. Werthmann über Arbeitsunfähigkeit wegen Erkrankung vom 27.1.36

[Gegenstand: Umgang mit sog. "arbeitsscheuen Elementen"]

14. n.1771: Dietz, Fritz, Mellrichstadt; dto ca 10 Bll.

Inhalt wie bei P. D., aber Zettel (8.3.35) des Bezirksamts Mellrichstadt (Dr. J. Kippes [?]) über Eröffnung der Verschiebung nach Dachau. "Sie [die beiden Dietz] bestreiten [! gemeint ist: sie glauben nicht und sagen das auch], daß sie nach Dachau kämen, da sie keine polit. Verbrecher seien."

[Gegenstand: Umgang mit sog. "arbeitsscheuen Elementen"]

15. n.1772: Mack, Adam Mellrichstadt; 1938-40 (ca. 17 Bll.); wird in der Aufschrift des Akts als Arbeitsauftrag bezeichnet, ist aber keiner, sondern nur das Hin und Her um Mack, der im Annastift Mellrichstadt wohnt und nur arbeitet, was und wann er will; gelegentlich bei seiner Stiefschwester in Hollstadt oder bei Verwandten in Aub [alter Lk KTMN], wo es keine Klagen über mangelnden Arbeitseifer gibt); 1938 ist Bürgermeister nicht mehr Recknagel, sondern Halbig; auf Weisung der Gestapo Polizeihaft in Bad Neustadt; am 31. Mai 1940 nach 21 Tagen entlassen mit Verwarnung, er komme ins KZ, wenn er nicht arbeite; politisch nicht belastet, kein Eintrag im Strafregister. [Gegenstand: Umgang mit sog. "arbeitsscheuen Elementen"]

16. n.1776: Otto Gademer, Hendungen 1935 (13 Bll.)

2.9.35 Weisung des Landrats, den Sachverhalt zu klären; Vernehmungsprotokoll der Landwirtschefrau Rosamunde Roßteutscher: ein "Schmuser" [Makler zwischen Bauern und Metzgern] - nämlich der Beschuldigte - versuchte, ihr ein Rind unter Preis abzuschwatzen, indem er behauptete, es sei unheilbar krank; G. erhält daraufhin Berufsverbot.

Behauptete aber in einem weiteren Fall vom 11.9., alle Schweine würden in 14 Tagen beschlagnahmt; "Schutzhaft" zur "Sicherung der festgesetzten Höchstpreise"; ab 13.9. im Amtsgerichtsgefängnis Bad Neustadt.

Schreiben der Bayerischen Politischen Polizei vom 20.12.35: Bitte um Prüfung der Schutzhaftgründe: Ablehnung der Freilassung durch Bezirksamt (Unger) am 27.12.35.

Schreiben der Bay. Pol. Polizei vom 27.3.36: Bitte um Überprüfung und Mitteilung der Schutzhaftgründe; entlassen aber erst am 30.1.37.

[Gegenstand: Staatlich verordnete Höchstpreise (und deren rigorose Durchsetzung) als Ausdruck der NS-Wirtschaftspolitik, die Arbeitskämpfe um höhere Löhne überflüssig machen sollten]

17. n.1778: Leo Buhl, Fladungen 1933; ca. 20 Bll.; "Schutzhaft" und politische Überwachung angeblicher kommunistischer Funktionäre; Verhaftung des Bäckers Leo Buhl in Fladungen.

Anordnung des Bezirksamts Mellrichstadt an Postamt Fladungen, aus Gründen der "Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit" alle an Buhl gehenden Postsendungen zu beschlagnahmen und an die Gendarmeriestation Fladungen auszuhändigen.

13.3.33: Bericht über Hungerstreik des Buhl im Amtsgerichtsgefängnis Bad Neustadt/S. Bericht vom 28.3.33: Fortdauer der Haft angeordnet durch Bezirksamt im Benehmen mit Kreisleiter Karl, Lehrer (!) in Filke; Buhl ist Anhänger der Vitus-Heller-Bewegung (Arbeiter-und-Bauern-Partei Deutschlands); daraus macht das Bezirksamt einen "tätigen kommunistischen Funktionär"; Aufhebung der Haft wird nicht befürwortet.

11.5.33: Polizeidirektion Würzburg hat am 4.5.33 auf 3 Monate die Zeitschrift "Die Erfüllung", von der ein Exemplar bei Buhl gefunden wurde, verboten.

18.5.33 erneute Ablehnung der Entlassung durch Bezirksamt und den "Beauftragten des Sonderkommissars der Obersten SA-Führung" Karl [später Kreisleiter der NSDAP in Mellrichstadt].

9.10.33 dto.; rückwärtig ein handschriftliches Gesuch des Inhaftierten.

6.12.33: Personalien des Inhaftierten und Zugehörigkeit zum "kommunistischen Reichsbauernkomitee".

18.3.34 Entlassung aus Dachau auf Grund eines Gnadenerlasses

18.4.34. Bericht der Gendarmeriestation Fladungen über Verhalten des Buhl: Meldepflicht erfüllt; kein staatsabträgliches Verhalten; besucht keine Gastwirtschaft mehr; geht jeder Unterhaltung aus dem Weg; verläßt seine Wohnung nur selten. "Besuche empfängt er nicht."

Bericht vom 15.12.34: Polizeiliche Kontrolle des Kaufmanns Franz Ruppert aus Gambach [alter Lk. Karlstadt], der Süßwaren vertreibt, die Buhl auch in seinem Laden führt. Bei ihm wurde ein Zettel

in Esperanto [!] gefunden, der im Akt enthalten ist. Es handelt sich um ein einseitig beschriebenes Blatt (Durchschlag) mit 4 Liedern; das erste ist ein kommunistisches Kampflied ("Die proletarische Marseillaise") [als solches aber offenbar nicht identifiziert], die anderen 3 Volkslieder [die wohl der Tarnung dienen]; bei den letzten beiden ist der deutsche Titel dem Esperantotitel untergeschrieben.

9.8.39 [! tatsächlich 1949] Schreiben LRA Mellrichstadt an Betreuungsstelle für politisch und religiös Verfolgte, Schweinfurt, Brückenstr 38 (betr. Leo und Franz Buhl)
[Gegenstand: offenbar erfolgreiche Einschüchterung politisch Andersdenkender schon in der Anfangszeit des Naziregimes; bedenkenlose Verletzung der Bürgerrechte durch die Nazis, hier des Postgeheimnisses; außerdem ein eher rührend bis lächerlich wirkender Versuch der konspirativen Verbreitung von kommunistischem Liedgut in Esperanto]

18. n.1781: Landgraf, August I, Maurer in Willmars; "Schutzhaft" (umfangreich; 33 Bll.; sollte unter mehrere Schüler aufgeteilt werden); verhaftet 24.11. 1933 wegen "aufreizender Äußerungen, Anzeigen und Anschuldigungen" gegen Bürgermeister Baer (Willmars) sowie den dortigen Gemeinderat und Lehrer (!) Karl, Kreisleiter der NSDAP im Lk. Mellrichstadt; L. litt nachweislich an Gelenkrheumatismus, Versteifung des rechten Schultergelenks, Herzleiden. Dr. Hörmann, Bezirksarzt, diagnostiziert jedoch nur "nervöse Störungen" und erachtet ihn für lager- und transportfähig (trotz amtlich festgestellter Kriegsbeschädigung und 60%iger Erwerbsminderung).

Bericht der Gendarmerie-Station Willmars vom 26.11. 33: Bei Verhaftung angeblich Beifallskundgebungen eines Teils der Bevölkerung (Händeklatschen, Bravorufe und "So ist's recht! Du gehörst nach Dachau!").

Situation der Familie des KZ-Insassen nach Bericht der Gend.-Station Willmars vom 15.3. 34, aus der bittere Armut hervorgeht; Karl selbst tritt für Entlassung bis zum 25.3. ein, damit L. schon an der Konfirmation seiner Tochter teilnehmen kann; wurde aber erst am 7.5. entlassen; 2tägige Meldepflicht wird mit Wirkung vom 13.7. auf Befürwortung durch Karl (auf Anfrage des Bezirksamts) in wöchentliche umgewandelt.

Eine zweite Anschuldigung kommt 1939 von der 2. Ehefrau des L., die aber privat veranlaßt ist und keine negativen Folgen hat, weil der stellv. Ortsgruppenleiter von Willmars den nunmehrigen Kreisleiter Ingebrand über den Charakter der Ehefrau aufklärt.

[Gegenstand: beamtete Ärzte als NS-Erfüllungsgehilfen für Lagereinweisungen; erfolgreiche Einschüchterung politisch Andersdenkender; sehr aufschlußreicher Versuch, den Staat für die privaten Interessen einzuspannen (hier der Ehefrau, die ihren Ehemann loswerden will) u.a.m]

(Auch hier ein Schreiben der Betreuungsstelle für politisch und religiös Verfolgte vom 4.8. 49; die Entschädigungssache lief bis 15.9. 55).

19. n.1782: Leeb, Edmund, Roßrieth, lediger Schlossergehilfe; 1938 ("Schutzhaft"); 9 Bll.; in Buchenwald angeblich an Lungenödem verstorben; Leiche schon am folgenden Tag in Weimar eingäschert; Diskussion um Kosten für Überführung der Urne; Grund für Inhaftierung hier nicht genannt.

[Gegenstand formal: Beispiel dafür, daß u.U. Akten mehrerer Stellen beigezogen werden müssen, wenn ein vollständiges Bild des Vorgangs entstehen soll. Hier ist der Akt "Gestapostelle Würzburg n.5794" einschlägig, in dem bei L. ein psychisches Leiden diagnostiziert wird; dort wird auch - mit Bericht vom 12.11.36 - wie schon im Gestapoakt n.1129 (Hedwig Herbert) die NS-

Gemeindeschwester von Sondheim/Gr. genannt; L. wird von einem Mellrichstädter Arzt als arbeitsscheuer Simulant bezeichnet.

[Gegenstand: Auch dies ein Fall, daß auf der unteren, kommunalen Ebene (die das Leben der sogenannten "kleinen Leute" bestimmt) Schwestern und Ärzte als NS-Erfüllungsgehilfen für Lagereinweisungen tätig wurden; Umgang mit (laut Gestapoakte) psychisch Kranken]

20. n.1785: Franziskus Willner, Nordheim/Rh., 1935 ("Schutzhaft" im Gefängnis Bad Neustadt/S.) (nur 8 Bll., aber aufschlußreich für die Folgen von Kritik am "Führer"; Anzeige durch Arbeitskollegen des Beschuldigten wegen "beleidigender Äußerungen über den Führer"; "Verhör" durch den NSDAP-Ortsgruppenleiter (!) Otto Hippeli am 18.9.35; bei Separationsarbeiten [entspricht der Flurbereinigung] Streit mit zwei Arbeitskollegen (SA-Leuten), die beim Reichsparteitag in Nürnberg gewesen waren und sich nicht genug tun konnten, wie großartig alles gewesen sei und wie wunderbar der "Führer" geredet habe; Willner dagegen kritisierte die "Jugend" des "Führers", er könne doch gar keine Erfahrung haben; auch das "Röhmwerk" (!) sei nicht gut gewesen, alle erschießen zu lassen.

Wird am 20.9. in "Schutzhaft" genommen, am 24.9. entlassen.

[Gegenstand: Einschüchterung politischer Gegner; außerdem ein deutliches Indiz dafür, daß über die Ermordung eines Teils der SA-Führung sowie mißliebiger Politiker [v. Schleicher, v. Kahr u.a.] im Rahmen des sog. Röhm-Putschs (Juni '34) durchaus noch kein Gras gewachsen war]

21. n.1787: Margarethe Ankenbrand, Oberstreu, 1935; "Schutzhaft"; eingeliefert am 24.8. 35, entlassen erst nach ca. 6 Wochen (!) am 11.10. 35; wegen "grobe Unfugs", nämlich Spazierengehens mit einem Juden, zusammen mit einer - nach USA ausgewanderten - Freundin [hier sollte die Akte LRA Mellrichstadt n.1797 beigezogen werden, die dasselbe "Delikt" und seine Folgen für den beschuldigten Leopold Weinberg behandelt]; Anzeige durch Bekannte aus dem Dorf: Albina Damm und 2 junge (offenbar überzeugte) SA-Leute (Alfred Heß, 21, und Alfred Volkmuth, 22).

[Gegenstand: NS-Rassenpolitik und deren rücksichtslose Durchsetzung, vor allem nach Erlaß der "Nürnberger Gesetze" 1935; Behandlung "artvergessener" Frauen]

22. n.1791: Salzmann, Emil, Pfarrer von Oberfladungen, Verhaftung 1934 (14 Bll.); hierzu sollte unbedingt auch die Akte Gestapostelle Würzburg n.11696 beigezogen werden (u.a. mit Gendarmerie-Bericht Fladungen vom 17.4. 1937, Protokoll eines Verhörs durch die Gestapo vom 4.10.1940 [wegen angeblichen Kanzelmißbrauchs: Predigt gegen RAD-Lager, von denen es in der Rhön eine ganze Reihe gab. Hier könnte der Aktualität halber darauf hingewiesen werden, daß noch heute ehemalige RAD-Feldmeister und Arbeitsmädchen alljährlich - sinnigerweise zur Sommersonnenwende - mit Duldung des Landrats des Landkreises Rhön-Grabfeld, früher auch mit offizieller Genehmigung der Zollbehörde - bei dem nach dem ehemaligen Gauleiter des NSDAP-Gaues Mainfranken benannten "Dr.-Otto-Hellmuth-Lager" (früheres RAD-Doppellager) auf der Hochrhön Kameradschaftstreffen abhalten]). Einschlägig, aber weniger wichtig ist auch die Abgabe LRA Mellrichstadt n.1762 (Wiedergutmachung).

[Gegenstand formal: die Kombination aller drei Akten ist ein gutes Beispiel für den - Schülern normalerweise nicht geläufigen - Tatbestand, daß über jeden Bürger an vielen - öffentlichen wie nichtöffentlichen - Institutionen Akten gebildet werden und erst die Auswertung aller Akten ein umfassendes Bild ergibt.

Gegenstand inhaltlich: kirchlicher (hier: katholischer) Widerstand gegen das NS-Regime im alten Lk. Mellrichstadt; Einrichtung zahlreicher RAD-Lager im "Notstandsgebiet Rhön"]

23. n.1806: Juli 1933; 16 Bll.; 10 Mellrichstädter, Fladunger und andere BVP-Stadt- und Gemeinderäte werden durch Drohung mit Einweisung nach Dachau erpreßt, ihre Mandate niederzulegen.

[Gegenstand: politische Gleichschaltung bzw. erpresserische Ausschaltung anderer Parteien aus der kommunalen Politik und damit auch aus dem öffentlichen Leben nur wenige Monate nach der "Machtergreifung"]

Weitere Akten, die bei stärkeren Kursen hinzugenommen werden können:

24. Gestapostelle Würzburg n.8550: Pfarrer Konrad Weigand, Hendungen (wegen Verstoßes gegen den bekannten Erlaß des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 23.4.41, wonach [statt des üblichen Kreuzes] allein das "Führerbild" die Tafelwand zieren solle). Einweisung ins KZ Dachau. Gutes Beispiel für erfolglos scheinenden, letztendlich aber doch wirksamen Widerstand einer ganzen Gemeinde gegen die Verhaftung ihres Pfarrers bzw. für einen erfolglosen Kampf der Nazis gegen religiöse Normen.

25. LRA Mellrichstadt n.1789: Willy Leiber, Metzger, Ostheim, 1935 ("Schutzhaft") 12 Bll. (Verstoß gegen die Höchstpreisverordnung)

26. LRA Mellrichstadt n.1792: Endres, Johann, Bastheim, 1936 ("Schutzhaft") 12 Bll.

27. LRA Mellrichstadt n.1795: Dietz, Raimund, Eußenhausen, 1935 ("Schutzhaft") (ca. 20 Bll.)

28. LRA Mellrichstadt n.1797: Weinberg, Leopold, 1935 ("Schutzhaft"; Pendant zu Ankenbrand [vgl. oben LRA Mellrichstadt n.1787]).

29. LRA Mellrichstadt n.1801: Schmeuß, Bastheim (Geckenau) 1934 (11 Bll.)

3. Teil: Ergebnissicherung (2 Unterrichtsstunden)

Damit die Arbeit an Originalen sich auch wirklich lohnt, sollte man für die Ergebnissicherung zwei Unterrichtsstunden einplanen. Das erscheint auf den ersten Blick vielleicht etwas viel, ist es aber nicht. Denn jeder, der eigenständig etwas aus den Akten herausgefunden hat, hat normalerweise auch das Bedürfnis, seine Ergebnisse der Gruppe mitzuteilen und sollte dies tun können, was in der Regel (mindestens) eine ganze Unterrichtsstunde in Anspruch nimmt. Berücksichtigt man nur, daß auch bei voller Ausnützung der Stunde höchstens acht Leute jeweils ca. 5 Minuten lang etwas sagen können, dann bedarf dieser Zeiteinsatz nicht nur keiner besonderen Rechtfertigung, sondern erscheint sogar eher niedrig gegriffen, müßte also vielleicht sogar noch ausgedehnt werden.

1. Stunde: Es empfiehlt sich, bei der Ergebnissicherung zunächst eng an die bearbeiteten Akten anzuschließen. Das heißt: Bei kleineren Gruppen kann jeder Teilnehmer, bei größeren Gruppen und mehreren gleichartigen Akten ein - in der Regel vom Kollegen vorher festzulegender - Berichterstatter die jeweiligen Fälle beschreiben. Hier muß aber in jedem Fall eine enge zeitliche Grenze gezogen werden, da auch ältere Schüler erfahrungsgemäß meist nicht in der Lage sind, sich auf das Wesentliche zu beschränken und bei ihrem Bericht mit einem zeitlichen Limit von wenigen Minuten auszukommen. Für diesen Teil wird man also auch bei straffer Führung durch den Lehrer mindestens eine ganze Unterrichtsstunde ansetzen müssen.

Wenn aber tatsächlich nicht mehr Zeit zur Verfügung steht, wird man am ehesten auf diesen Teil der Ergebnissicherung verzichten (bzw. auf eine schriftliche Berichterstattung beschränken) und sich auf die für die 2. Stunde geplante gemeinsame Auswertung der Befunde konzentrieren müssen.

2. Stunde: Hauptaufgabe des Kollegen ist es, durch gezielte Fragen zu den bearbeiteten Akten die notwendigerweise punktuellen Beobachtungen der Schüler zu strukturieren und zu einem Gesamtbild des Alltags im Nationalsozialismus zusammenzufügen. Die im vorstehenden Text in eckigen Klammern aufgeführten Anmerkungen, Fragen und zusätzlichen Informationen sollten hierbei hilfreich sein können.

Weitere mögliche Fragen: Wer sind die Anzeigersteller? wer sind die Opfer des Nazi-Terrors? [in den bearbeiteten Akten finden sich Arbeitskameraden, NS-Gemeindeschwester, Dorfnachbarn, der Kreisleiter der NSDAP (dieser aber in der Mehrzahl der Fälle wohl nur als ausführendes Organ anonym bleibender Denunzianten; man konnte also Denunzianten nicht zur Rechenschaft ziehen); in einem Fall aus privaten Gründen auch die Ehefrau (!)].

Als Ergebnis sollen die Schüler erkennen, daß Jeder Jeden denunzieren konnte, sich folglich auch niemand (u.U. auch im engsten Familienkreis) absolut sicher fühlen konnte. Das heißt, daß im Prinzip jeder ein Opfer des Nazi-Terrors werden konnte.

Welche Folgen hatte dieses Wissen? Das Wissen darum war sicher ein gewichtiger Grund dafür, daß der Widerstand gegen das Regime sich sehr in Grenzen hielt.

Wer waren die bevorzugten Opfer des Naziterrors? Politische und ideologische Gegner (Bürgerliche [vgl. Ausschaltung der BVP-Stadt- und Gemeinderäte], tatsächliche oder vermeintliche Sozialisten und Kommunisten; relativ viele Personen (Landwirte, Metzger), die mit dem faschistischen Wirtschaftssystem nicht einverstanden waren, das ihre Verdienstmöglichkeiten beschnitt; einzelne evangelische wie katholische Pfarrer (nicht ganz so wehrlos wie der größere Teil der Bevölkerung, häufig vom Kirchenvolk gestützt, wenngleich trotzdem gefährdet [KZ-Haft des Pfarrers Konrad Weigand von Hendungen in Dachau]) sowie vor allem Juden (im Prinzip völlig wehrlos; einziges "Druckmittel" gegen den Naziterror war die Habgier nichtjüdischer "Mitbürger" bei der kostengünstigen "Arisierung" jüdischen Besitzes, bei der die persönliche Anwesenheit der (u.U. im KZ sitzenden) Verkäufer erforderlich war.

Läßt sich ein gewisses Schema bei den untersuchten Vorgängen feststellen? Könnte etwa so aussehen:

"Delikt", Anzeige [hier Nennung von Denunzianten(gruppen) möglich], "Inschutzhaftnahme" (Auffächerung nach Amtsgerichtsgefängnis oder KZ), Entlassung mit: Verwarnung sowie Meldung bei der Ortspolizei in regelmäßigen Abständen.

[so oder ähnlich auch als Tafelanschrift geeignet bzw. in ein Tafelbild zu integrieren].

Resultat? In vielen Fällen genügte wenige Tage "Schutzhaft", um Leute, die ideologisch aus der Reihe tanzten, zur Raison zu bringen, d.h. so einzuschüchtern, daß die ihnen zur Last gelegten Delikte sich nicht wiederholten.

Ausnahmen? die Pfarrer, die aber in der Regel auf Unterstützung durch ihre Gemeinde rechnen konnten

Wie reagiert die untere Ebene der braunen Machthaber auf tatsächlichen oder scheinbaren Widerstand? abgestuft; von der bloßen mündlichen Verwarnung im Bezirksamt/Landratsamt über kürzere oder längere "Schutzhaft" im Amtsgerichtsgefängnis Bad Neustadt/S., Drohung mit Einweisung bzw. tatsächliche Einweisung ins KZ (Dachau, später auch Buchenwald).

Was ist das Ergebnis des Terrors? Weitestgehende Einschüchterung des kritischen Teils der Bevölkerung und mindestens äußerlich politische Ruhe.

Ob es sinnvoll ist, die Ergebnisse der Archivarbeit auch in einer Stegreifaufgabe (soweit überhaupt vereinbart) zu überprüfen, sollte jeder Kollege für sich entscheiden. Auf der einen Seite bekommt das ganze Unternehmen dann doch wieder einen starken "schulischen" Anstrich, auf der anderen Seite ist es aber auch gut möglich, daß die Schüler hier im Schnitt bessere Ergebnisse als sonst erzielen. In jedem Fall läßt sich daran - zumindest vordergründig - absehen, ob die Arbeit im Archiv sich gelohnt hat oder nicht._